Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Zur Neuwahl der Betriebsräte 1929

Alwin Brandes

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen fallen in eine Zeit großer Arbeitslosigkeit. Sie ist in der Hauptsache auf die außergewöhnliche und langanhaltende Kälteperiode zurückzuführen, welche das ganze Baugewerbe seit Monaten stillgelegt hat. Die Arbeitslosigkeit hat aber auch auf Gewerbe und Industrien übergreifen, die nicht direkt vom Baugewerbe oder der Landwirtschaft abhängig sind. In wirtschaftlich ungünstigen Zeiten versucht das Unternehmertum, den Druck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verstärken. In der Vorkriegszeit, wo es in der Metallindustrie nur vereinzelt Tarifverträge gab, wo ferner die Betriebsräte fehlten, gingen in Krisenzeiten die Löhne zurück. Die Massenkraft, welche durch die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschalteten verdienstlosen Arbeitermassen bereits erheblich eingeschränkt war, wurde durch die herabgesetzten Löhne der in Arbeit Stehenden weiter bedeutend geschwächt. Die Krise verschärfte sich.

Krisen sind eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaft und werden erst mit dieser verschwinden. Ihre furchtbaren Wirkungen sind jedoch durch den wachsenden Einfluß der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiterklasse vermindert worden. Einmal durch die gesetzlich geregelte Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, an deren Verbesserung wir dauernd und, soweit unsere Macht dazu ausreicht, mit Erfolg arbeiten; zweitens durch den Widerstand, den die organisierte Arbeiterschaft den Lohndruckversuchen der Unternehmer entgegensetzt. Hierbei ist die Mitwirkung des Betriebsrates erforderlich, die vielfach im Tarifvertrag direkt vorgeschrieben ist. Doch auch wo letzteres fehlt, ist im Betriebsrätegesetz der Betriebsvertretung die Ueberwachung und Durchführung der Tarifverträge zur Pflicht gemacht. Die Belegschaften, die in dieser Krisenzeit auf die Wahrnehmung ihrer Rechte nicht verzichten wollen, müssen schon deshalb mit noch größerem Eifer als sonst die Wahlen des Betriebsrates in diesem Jahre betreiben.

Doch diese Tätigkeit, so ungemein wichtig sie für die Arbeiterklasse auch ist, erfüllt nur einen Teil der Aufgaben, die der Betriebsrätebewegung bei ihrer Einführung gestellt wurden. Das Ziel war und ist die Eroberung der Wirtschaft. Der letzte Gewerkschaftskongreß hat die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft erneut aufgestellt, Eindringen der Arbeiter in die Wirtschaftsführung. Die deutsche Arbeiterschaft hat mit dem Obrigkeit-

staat aufgeräumt. Demokratie im Staate verträgt sich aber auf die Dauer nicht mit der Herrschaft Einzelner über die Wirtschaft. Diese Erkenntnis ist durch die brutale Massenausperrung einer Viertelmillion Arbeiter in der Schwerindustrie Rheinland-Westfalens jetzt auch erheblichen Schichten des Bürgertums geworden. Der jetzt im Reichstag zur Beratung stehende Entwurf für den Reichswirtschaftsrat wird zwar, wenn er Gesetz wird, ein Hilfsmittel des Staates zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen werden, die grundsätzlichen Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt er in keiner Weise. Daß aber hinter diesen Forderungen nicht nur die organisierte, sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft geschlossen steht, müssen die Betriebsrätewahlen mit aller Deutlichkeit zeigen.

Diese Geschlossenheit der Arbeiter muß besonders bei den Wahlen der Metallindustrie sichtbar werden. In keiner andern Industrie waren die Kämpfe im abgelaufenen Jahre von einer solchen Größe, Dauer und Schärfe, wie in der Metallindustrie. In keiner andern Industrie setzen die Unternehmer allen Arbeiterforderungen einen solch rücksichtslosen Widerstand entgegen. In der Metallindustrie herrscht noch immer das wirtschaftlich mächtigste Scharfmachertum, das auch den Staat unter seinen rücksichtslosen Willen zwingen will. Für die Arbeiterschaft der Metallindustrie ist es deshalb Ehrenpflicht, einmütig bis zum letzten Arbeiter und bis zur letzten Arbeiterin die Kandidatenliste zu unterstützen, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, der in all diesen großen Kämpfen die Führung hatte, vorgeschlagen wird. Diese Vorschläge erfolgen gemeinsam mit den übrigen beteiligten freien Gewerkschaften.

Gegen diese für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin selbstverständliche Pflicht wütet aber seit Wochen die kommunistische Presse. Nicht geschlossene Front der Arbeiter gegen das brutale Scharfmachertum, sondern „Herbeiführung einer Front der Arbeiter gegen den sozialimperialistischen Gewerkschaftsapparat“ heißt die Parole, welche der Hauptredner einer kürzlich abgehaltenen kommunistischen Reichspartei-Arbeiterkonferenz namens der kommunistischen Parteizentrale ausgab. Und nicht zum Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum, sondern zum Kampf gegen die Gewerkschaften, zur Spaltung und Schwächung, zur Verminderung der Macht, des Einflusses und Ansehens der Gewerkschaften ruft seitdem die ganze kommunistische Presse auf. Was braucht die Reaktion noch einen Reichslügenverband zur Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung? Wozu brauchen die Scharfmacher noch gelbe Vereine? Das alles besorgt die kommunistische Presse und die kommunistischen Flugblätter unter dem Schein revolutionärer Maske weit besser, und diese die Arbeiterschaft schädigende Tätigkeit kostet die Scharfmacher keinen Pfennig.

Diesen Beschlüssen der kommunistischen Zentrale zu folgen, haben zahlreiche kommunistische Gewerkschaftskollegen, die in führenden Stellungen ihrer Partei waren, abgelehnt. Sie sind deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden. Letzteres zeigt, daß die von der kommunistischen Presse veröffentlichten Beschlüsse durchgeführt werden sollen. Sie sollen Auftakt eines neuen Versuchs der Spaltung der Gewerkschaften sein, die niemand sehnlicher wünscht als das reaktionäre Scharfmachertum.

Die Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie, in der Chemie und im Bergbau will man dazu benutzen. Wo Aussicht auf Erfolg ist, sollen selbständige Kandidatenlisten den Gewerkschaftslisten gegenübergestellt und Mitglieder der christlichen sowie der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Unorganisierte zu diesen Listen herangezogen werden. Mit den so gewonnenen Betriebsräten wollen die Urheber jener Beschlüsse Einfluß auf die Arbeiterschaft gewinnen, der ihnen die Bildung wilder Kampfleitungen in den Wirtschaftskämpfen ermöglicht. Die Arbeiter würden, wenn solche Absichten Erfolg hätten, aus einer wilden Aktion in die andere getrieben werden. Ueber das Resultat derselben kann kein Gewerkschafter im Zweifel sein. Nicht die politische und wirtschaftliche Reaktion, sondern die Arbeiter, die sich zu solchen Kampfleitungen und Aktionen mißbrauchen ließen, würden am Boden liegen.

Kein Verbandsmitglied kann solche arbeiterschädliche Handlungsweise unterstützen. Jeder Versuch der Aufstellung von Sonderlisten muß deshalb in schärfer Weise bekämpft werden. Der letzte Verbandstag in Karlsruhe hat noch einmal die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses und der früheren Verbandstage in der folgenden, mit großer Mehrheit beschlossenen Entschließung bestätigt:

„Entsprechend den Beschlüssen des Erweiterten Beirates 1920, des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 und unserer Verbandstage verpflichtet der 18. Verbandstag die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zur restlosen Wahlbeteiligung zugunsten der von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidatenlisten bei den Betriebsrätewahlen.

Nach diesen Beschlüssen dürfen Sonderlisten von Mitgliedern des DMB weder aufgestellt noch unterstützt werden, denn sie schädigen das Ansehen der freien Gewerkschaften und damit die Werbekraft bei der Wahl.

Die Aufstellung der Kandidatenliste erfolgt in Betriebs-, Abteilungs- oder Vertrauensmännerversammlungen der freigewerkschaftlich organisierten Belegschaft. Dabei sind die einzelnen Abteilungen und Berufe möglichst zu berücksichtigen.

Verbandsmitglieder, die gegen diese durch Verbandstagsbeschlüsse festgelegten Grundsätze verstoßen, haben mit dem Ausschließungsverfahren zu rechnen.“

Diese Entscheidung der höchsten Körperschaft unseres Verbandes ist bindend für jedes Verbandsmitglied. Wer sie mißachtet, schließt sich selbst aus dem Verbandsverbande und damit aus der Gemeinschaft seiner im Deutschen Metallarbeiterverband vereinigten Klassengenossen aus. Die Betriebsrätewahlen dürfen aber nicht zum Verlust eines Mitgliedes führen, sie müssen vielmehr der Gewinnung neuer, bisher unorganisierter Massen der Arbeiter in der Metallindustrie für den Deutschen Metallarbeiter-Verband dienen.

Weißt deshalb jeden Zersplitterungsversuch mit größter Schärfe zurück. Zeigt auch bei dieser Wahl die gleiche muster-gültige Disziplin wie bei allen Kämpfen des letzten Jahres. Es gilt dem Ausbau des Arbeitsrechts, es gilt einem wirklichen Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte und durch die Gewerkschaften.

Wird die kontinentale Rohstahlgemeinschaft fortgeführt?

Tony Sender (Berlin)

Als am 30. September 1926 zwischen den Eisenindustrien Deutschlands, des Saargebiets, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs die Kontinentale Rohstahlgemeinschaft in Kraft gesetzt wurde, da gab es Industrielle, die diesen Abschluß mit lautem Jubel begrüßten und der Mitwelt verkündeten, daß damit ein wichtiger Schritt zur Befriedung der Welt getan sei. Das entsprach den Zeichen der Zeit. Das private Profitstreben ist unpopulär geworden und so muß man denn entscheidende Schritte auf privatwirtschaftlichem Gebiete als im Interesse der ganzen Nation gelegen zu deuten versuchen. Das schien damals um so mehr notwendig, als ja bekanntlich der Pakt im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen durch Hilfsstellung des Reiches zustande gekommen ist.

Nun scheint es aber mit diesem vor kaum mehr als zwei Jahren laut verkündeten Friedensschluß schon problematisch bestellt zu sein. Am 1. Mai dieses Jahres wird auf Grund des Artikels 9 des Vertrages erstmalig jedes Mitglied das Recht haben, zu erklären, daß es am 31. Oktober d. J. aus der Gemeinschaft austritt. Seit einigen Wochen wird dieser Gedanke in der Wirtschaftspresse eifrig diskutiert, auch liegen Äußerungen der führenden Unternehmungen und Persönlichkeiten der Schwerindustrie vor, die sich mit den bisherigen Erfahrungen des Kartells beschäftigen. Nicht nur angesichts des kaum abgeschlossenen großen Kampfes im Ruhrrevier, sondern auch im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft lohnt es sich schon, diese Vorgänge etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Will man die heutige Lage richtig beurteilen, muß man sich ins Gedächtnis zurückerufen, daß seinerzeit die kontinentale Rohstahlgemeinschaft gegründet wurde in der ausgesprochenen Absicht, die Weltmarktpreise zu heben. Doch hat man damals nicht die Ausfuhrmengen kontingentiert, sondern die sehr viel höhere Gesamtproduktion. Als für Deutschland wesentlich kam dann noch die Art der Quotenverteilung hinzu, bei der die deutsche Produktion besonders benachteiligt worden ist. Das Quotenverhältnis im Vergleich zur tatsächlichen Rohstahlerzeugung wird durch folgende Zusammenstellung (die Produktionszahlen nach den Berechnungen und Schätzungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie) illustriert:

Deutschland: Rohstahlquote 12,64 Mill. Tonnen, Rohstahlproduktion (einschließlich Schweißstahl und Stahlguß) 1927 16,03 Mill. Tonnen, 1928 14,3 Mill. Tonnen.

Frankreich: Rohstahlquote 9,13 Mill. Tonnen, Rohstahlproduktion 1927 8,2 Mill. Tonnen, 1928 9,3 Mill. Tonnen.

Belgien: Rohstahlquote 3,39 Mill. Tonnen, Rohstahlproduktion 1927 3,7 Mill. Tonnen, 1928 3,9 Mill. Tonnen.

Luxemburg: Rohstahlquote 2,43 Mill. Tonnen, Rohstahlproduktion 1927 2,4 Mill. Tonnen, 1928 2,6 Mill. Tonnen.

Saargebiet: Rohstahlquote 1,69 Mill. Tonnen, Rohstahlproduktion 1927 1,89 Mill. Tonnen, 1928 2 Mill. Tonnen.

Daraus geht eindeutig hervor, wie durch die getroffene Quotenregelung Deutschland selbst noch bei der zurückgegangenen Produktion des Jahres 1928 in Nachteil gesetzt war. Für Deutschland war es infolge der niedrigen Quotenbemessung einfach unvermeidlich, sehr hohe Strafsummen für die dauernden Quotenüberschreitungen an das internationale Kartell abführen zu müssen. Und damit war just das Gegenteil dessen erreicht, was man bei der feinerzeitigen Gründung als deren Zweck angegeben hatte: die Hebung der Exportpreise. Haben doch die Strafzahlungen Deutschlands, die hauptsächlich Frankreich infolge seiner zu hoch bemessenen Quote, die es in seiner Produktion gar nicht erreichen konnte, zugute gekommen sind, dazu gedient, die französischen Unterbietungen auf dem Weltmarkt zu finanzieren, so daß das schließliche Resultat die Senkung der Weltmarktpreise gewesen ist — gerade das Gegenteil der ursprünglichen Absicht, mit der man sich das Einverständnis der deutschen Fertigindustrie mit dem Pakt erkaufte hatte! Wenn in den letzten Monaten die Weltmarktpreise gestiegen waren, so nicht etwa infolge, sondern trotz des Eisenpactes infolge der sehr gestiegenen Nachfrage.

Es sind aber ganz erhebliche Summen gewesen, mit denen die deutsche Wirtschaft das Bestehen des kontinentalen Eisenpactes erkaufen mußte. Die von Deutschland geleisteten Strafzahlungen werden seit September 1926 auf 35 bis 39 Millionen Mark geschätzt. Das „Magazin der Wirtschaft“ hat zur Illustrierung der Größenordnung dieser Summe eine äußerst interessante Berechnung vorgenommen. Es hat nämlich die Gesamtsumme der Strafzahlungen in Beziehung gesetzt zum Einkommen der Eisenarbeiter und zum Aktienkapital der Eisenindustrie und stellt dabei fest:

Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes waren in der Eisenindustrie (Hochöfen-, Stahl- und Walzwerke, für die letztgenannten geschätzt) 1927 rund 140 000 Arbeiter beschäftigt. Rechnet man für 1928 mit derselben Zahl und rechnet man weiter mit durchschnittlich 25 Arbeitstagen je Monat, so entsprechen jährlich 18,5 Millionen Strafzahlungen — auf den Kopf des Arbeiter umgelegt — einer Lohnzulage von etwa 44 Pf. je Arbeitstag!

Damit vergleiche man die Heftigkeit der Beteuerungen der Schwerindustriellen des Ruhrreviers im letzten großen Eisenkampfe, daß die finanzielle Belastung des Fötterschen Schiedspruches für sie untragbar sei!

Vergleicht man die Strafzahlungen mit dem Aktienkapital der Eisenindustrie, so ergibt sich, daß sie auf beide Jahre umgelegt etwa 1 vH des Kapitals betragen. Diese Gegenüberstellung diene nur zur Verdeutlichung der Bedeutung der Summe.

Die vorliegenden Äußerungen aus schwerindustriellen Kreisen zielen meist in die Richtung einer Abänderung der Bestimmungen des Pactes, nicht auf seine Lösung. Einige sprechen davon, daß künftig die Inlandsmengen ausgeschlossen bleiben sollen und eine Quotenbemessung nur für die Exportmengen zu vereinbaren sei. Doch scheint durchaus keine Einheitlichkeit in der Beurteilung vorzuliegen. Ja man scheint in gewissen Kreisen die politische Bedeutung des Pactes bedeutend zu überschätzen, wenn diese meinen, daß man die politischen Folgen einer Kündigung zu fürchten und

darum die dadurch möglicherweise entstehenden Komplikationen zu vermeiden habe. Wenn die sogenannten Wirtschaftsführer gar zu sehr besorgt scheinen um die günstige außenpolitische Lage ihrer „Heimat“, dann schöpfen wir Verdacht. Ideale äußert der Unternehmer meist dann, wenn er dahinter sein Eigeninteresse verbergen will. Und das bestätigt sich auch wieder im vorliegenden Falle.

Wohl ist das vorgegebene Ziel des Eisenpattes, die Erhöhung der Weltmarktpreise, durch die Kartellbildung nicht erreicht worden. Auch konnte das Bestreben insbesondere der deutschen Eisenindustrie nach Syndizierung der einzelnen Ausfuhrprodukte nicht erreicht werden; die beabsichtigte Gründung horizontaler Verkaufssyndikate ist so gut wie gescheitert. Ergebnislos war aber darum für die Unternehmer der eisenerzeugenden Industrie Deutschlands der Pakt dennoch nicht — er hat nur seine Funktion völlig geändert. Anstelle der Hebung der Weltmarktpreise hat man mit Hilfe des Kartells für den Inlandsmarkt den Gebietschutz und damit die Monopolstellung der heimischen Industrie gegenüber den deutschen Verbrauchern erreicht! So daß aus den deutschen Verbrauchern nicht nur die Strafzahlungen an die westlichen Staaten, sondern obendrein noch ein Extraprofit der Schwerindustriellen herausgepreßt wurde. Wir haben schon seinerzeit auf die große Gefahr jener Vereinbarung hingewiesen, daß alles vom Westen nach Deutschland hereinkommende Eisen nur durch die Hände der deutschen Rohstahlgemeinschaft gehen und nur durch diese dem deutschen Verbrauch zugesührt werden darf. Seitdem gibt es so gut wie keine Konkurrenz mehr auf dem deutschen Eisenmarkt, die heimische Industrie hat ein so gut wie unbestrittenes Monopol und hat verstanden, diese Monopolstellung rücksichtslos auszunutzen. Der Kreis wird freilich erst dadurch geschlossen, daß die eisenerzeugende Industrie es immer mehr fertiggebracht hat, einen eigenen Verkaufsapparat aufzurichten und den noch bestehenden freien Handel vollkommen unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. So daß sich daraus die Tatsache ergibt, daß trotz der hohen Strafzahlungen die kontinentale Rohstahlgemeinschaft sich für die deutschen Eisenerzeuger als durchaus rentabel erwies, wenn sie auch volkswirtschaftlich gesehen bedeutende Verluste erbrachte.

Wenn nun der ausschlaggebende Teil der deutschen Eisenindustrie gegenüber den Skeptikern in ihren Reihen auf dem Standpunkt steht, daß man ein Interesse daran habe, das europäische Eisenkartell nicht scheitern zu lassen, so dürfte noch ein weiterer Gesichtspunkt zu dieser Haltung bestimmen. Zwischen dem Schicksal der internationalen Eisenverbände und dem der deutschen Inlandsverbände besteht eine gewisse Wechselwirkung. Und damit erklärt sich auch die verschiedene Stellung zu einer eventuellen Kündigung oder Verlängerung. Es sind erfreulicherweise Kreise vorhanden, die mit einer Auflösung des internationalen Kartells auch die Möglichkeit einer Auslöcherung der deutschen Rohstahlgemeinschaft und der Verkaufsverbände erblicken. Dazu dürften vor allem die Kreise des von der Schwerindustrie unterworfenen Handels zählen, vielleicht auch die noch selbständigen Kreise der deutschen eisenverarbeitenden Industrie. Und diese hätte allerdings allen Grund, sich endlich zu regen. Wurde doch bei der im

Jahre 1926 zwischen der deutschen Rohstahlgemeinschaft und der eisenverarbeitenden Industrie getroffenen Vereinbarung ausdrücklich folgender Satz vorangestellt:

„Die Vereinbarungen sollen sich keinesfalls nur auf eine Regelung der gegenseitigen Belieferung der Inneenmärkte der am Eisenpakt beteiligten Länder beschränken.“

Aber gerade nur dieses angeblich nicht gewollte Resultat ist erreicht worden. Und die gewünschte Hebung der Weltmarktpreise, der Röhren für die eisenverarbeitende Industrie, konnte zum Teil gerade mit Hilfe der deutschen Strafzahlungen, die erst das Dumping der französischen Eisenindustrie im Export ermöglichte, hintangehalten werden. Für die Gründung von weiteren europäischen Verkaufssyndikaten sind diese Erfahrungen nicht gerade günstig. Das Bestreben der Deutschen, sich die Herbeiführung solcher Syndikate etwas kosten zu lassen, war somit vergebens. Die Aussichten für eine weitere Kartellierung sind heute bedeutend ungünstiger geworden. Der erwartete Anschluß Englands an die kontinentale Rohstahlgemeinschaft ist nicht erfolgt und nicht zu erwarten, Polens Anschluß ist gescheitert und die Tschechoslowakei ist mit ihrem Inlandsabsatz aus dem Kartell ausgetreten. Während in Europa diese Lockerung eintrat, hat in den Vereinigten Staaten eine entgegengesetzte Entwicklung eingesetzt. Zwar ist auf Grund der amerikanischen Gesetze die Kartellierung auf dem Inlandsmarkt verboten; aber für die Ausfuhr wurde ein starkes Verkaufssyndikat gegründet, dessen Wirkung sich bald auch auf den europäischen Märkten zeigen dürfte. Ist doch die amerikanische Eisenausfuhr in ständiger Zunahme und seit Gründung des Syndikats bereits um 15 vH gestiegen. Mit dieser amerikanischen Gründung dürfte auch ein eventueller Anschluß der Engländer an das kontinentale Kartell endgültig als erledigt gelten. Es ist möglich, daß diese Gründung nicht ohne Einfluß auf die Kartellentwicklung in Europa bleiben wird. Doch gerade in dieser Gegenüberstellung tritt wieder ein so wesentlicher Umstand plastisch vor uns hin: Die Konkurrenzfähigkeit mit dem nordamerikanischen Markt wird für Europa dadurch erschwert, daß unser Kontinent in mehrere Duzend Staaten aufgeteilt und jeder einzelne davon mit möglichst hohen Zollmauern umgeben ist und durch diese Verzettlung sowohl die große Produktionsstätte wie auch der umfangreiche, geschlossene Absatzmarkt eines einheitlichen Kontinents uns fehlt. Die Fertigindustrie war es noch im letzten großen Eisenkampfe des Ruhrreviers, die auf die Untragbarkeit von Lohnerhöhung mit besonderem Nachdruck hinwies. Sie sollte erkennen, daß sie nicht die Folgen eigener Fehler und Abhängigkeiten lediglich auf die Arbeiter abwälzen kann, ohne selbst den Schaden davon zu tragen.

Wenn nun aber die Interessenten des deutschen Eisenmonopols auf die politischen Gefahren einer eventuellen Lösung des kontinentalen Eisenpattes und angeblich ungünstige Rückwirkungen auf die deutsch-französischen Handelsbeziehungen hinweisen, so ist dieses Verfahren nur gar zu durchsichtig. Hat doch damals die deutsche Regierung Mithilfe geleistet an dem Zustandekommen des europäischen Eisenpattes; damals gab der Reichswirtschaftsminister die Erklärung ab, daß man zunächst einmal die Erfah-

rungen abwarten müsse, um eventuell dann Maßnahmen zu ergreifen, wenn das Gesamtinteresse gegenüber dem Gruppeninteresse geschädigt werden sollte. Es kann nach dem oben Geschilderten gar kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Wirkung bereits eingetreten und darum die Voraussetzung für eine neue Stellungnahme des Wirtschaftsministers gegeben wäre. Da muß denn der Gegenspieler, die Eisenindustrie, wieder das vaterländische Interesse hervorholen, um dahinter sein Monopolinteresse zu verbergen. Und damit wird auch die zweite Befürchtung bestätigt, der wir bei der seinerzeitigen Gründung des Paktes an dieser Stelle Ausdruck gaben: Die Wirtschaft versucht sich in die außenpolitischen Beziehungen einzumischen, um dank ihrer wirtschaftlichen Macht auch den Kurs der Außenpolitik zu bestimmen. Die Ansätze sind gefährvoll und sollten von der Volksvertretung rechtzeitig erkannt werden. Denn sie wird sich mit den etwaigen Folgen auseinanderzusetzen haben — dafür war der Kampf im Industrieviertel eine erste Lehre.

Ihre Aufgabe wird es sein, sich damit zu beschäftigen, daß die seinerzeitigen Voraussetzungen für die Stellung der Regierung wie der Fertigungsindustrie hinfällig geworden sind und daß es nun endlich an der Zeit ist, das Gesamtinteresse wieder über das Interesse einer kleinen, wenn auch mächtigen und einflußreichen Gruppe zu stellen!

Schleichende Krise

Das Wirtschaftsjahr 1928

F. Petrich (Gera)

V. Rentabilität — Kapitalbildung

Die zahlreichen Rentabilitätsbetrachtungen der letzten Jahre führten samt und sonders zu dem wichtigen Ergebnis: daß seit 1924, ob Depression oder Prosperität herrschte, Rentabilität und Kapitalbildung ständig gestiegen sind. Jeden Tag wird diese Erfahrung aufs neue bestätigt, ob wir nun die Brau-, die Elektro- oder die Textilindustrie beobachten. Es wachsen die Dividenden, die Abschreibungen werden größer, das Aktienkapital nimmt zu, die Kapitalakkumulation steigt unaufhörlich. Es liegt eine kluge Methode in der Haltung der Unternehmerpresse, die fortgesetzt das Gegenteil behauptet. Noch immer sind die Wortführer der Kapitalistenklasse überlegene wirtschaftspolitische Taktiker gewesen. Sie handeln nach dem Grundsatz, daß die dauernde Selbstbehauptung nur dann gewährleistet ist, wenn man jeden Tag so tut, als sei der Untergang nahe bevorstehend. Tag für Tag werden bewegliche Klagen angestimmt über die „Not der Industrie“ (die der „Not der Landwirtschaft“ parallel geht), es wird so ziemlich alles verlästert und herabgesetzt, was der Staat wirtschafts-, sozial- und steuerpolitisch unternimmt — und gleichzeitig werden Milliarden neuen Kapitals auf die alten Milliarden gehäuft. Ja, in diesem Vorgehen der Kapitalistenklasse liegt eine wohlüberlegte Methode . . .

Die Frage der Kapitalneubildung ist heute das A und das O der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Ob es sich nun um Lohnkämpfe, um sozialpolitische Maßnahmen oder um die Steuerpolitik handelt, von der Reparationsfrage ganz zu schweigen — immer rücken die Ideologen des Kapitalismus das Problem der Kapitalneubildung in den Vordergrund. In keiner andern Frage tritt der kapitalistische Klassenstandpunkt so kraft und unentwegt in die Erscheinung als in dieser. Und vom Standpunkt der Kapitalistenklasse nicht mit Unrecht: Er ist in der Tat die Kardinalfrage des Kapitalismus, die seine Entwicklungs- und Lebensgesetze in entscheidender Weise berührt — er ist zu ständigem Wachstum gezwungen oder er bekommt Untergangswegen.

Aber eben weil die Kapitalistenklasse die Frage der Kapitalneubildung mit hartnäckiger Starrheit als eine Klassenfrage behandelt, ist die Arbeiterklasse gezwungen, das gleiche zu tun. Leider geschieht das viel zu spät und nach Lage der Dinge mit unzureichenden Mitteln. Die Fragen der Preis-, der Lohn-, der Steuerpolitik münden zwangsläufig in die Kernfrage der Kapitalneubildung und der Höhe des Anteils der einzelnen Klassen daran. Es unterliegt angesichts der ganzen Entwicklung des reifen Kapitalismus gar keinem Zweifel, daß schneller als die Löhne der Mehrwert in allen seinen Formen steigt. Die Rationalisierungstatsachen bestätigen das schlagend. Die Jahre 1924 bis 1928 mit ihren tiefgehenden wirtschaftlichen Strukturveränderungen, ihrer fabelhaften Kapital- und Produktionsmittelkonzentration, ihrer methodischen Rationalisierung sind das reinste und absoluteste Beispiel. Und das Prinzip der Selbstfinanzierung der Industrie, im verflossenen Jahr noch Gegenstand lebhafter Erörterung, ist heute schon zu einer stillschweigenden Selbstverständlichkeit geworden. Die Kapitalmacht der Konzerne wächst, wie ein Blick auf die Kapitalverteilung der Aktiengesellschaften der einzelnen Wirtschaftszweige lehrt.

Es ist außerordentlich schwer, zahlenmäßige Vergleiche zu ziehen. Die Kapitalbildung im Jahre 1928 wird auf rund 9 Milliarden berechnet. In der gleichen Zeit sind die Sparkasseneinlagen um 2,2 Milliarden gestiegen. Es ist schon unzulässig, die Einlagen der Sparkassen samt und sonders auf das Konto der Arbeiterklasse zu setzen; beteiligt sind daran zu sehr erheblichen Teilen der Mittelstand und die Bauernschaft, Schichten also, von denen bestimmte Teile ihr Einkommen nicht aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft beziehen. Ebenso unzulässig ist es, die Gelder der öffentlichen und privaten Versicherung zu der Kapitalbildung „von unten“ zu rechnen. Dieser Versuch eines Vergleichs zeigt bereits, wie bescheiden sich die Kapitalbildung des arbeitenden Volkes neben der grandiosen Kapitalakkumulation der kleinen kapitalistischen Oberschicht ausnimmt. Die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, der Grad der Klassengegensätze finden in diesem Zustande ihre konzentrierteste Widerspiegelung. Es ist der entscheidende Inhalt und das klare Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung, diesen Zustand der Herrschaft einer geringen Minderheit über die große Mehrheit des arbeitenden Volkes von Grund auf zu verändern.

VI. Die Börse

Sie befindet sich in einer chronischen Krise — sie ist ernsthaft krank? Jedenfalls ist es sehr still geworden um die Börse und es wird immer stiller um sie. Man forscht höchst eifrig nach den Ursachen der Stagnation: Man spricht, nicht etwa im Scherz, von Börseninvaliden und von der invaliden Börse, ja selbst vom Börsenproletariat. Damit aber ist die eingetretene Veränderung nur äußerlich angedeutet. Die wirklichen Ursachen liegen tiefer. Die Rationalisierung, die sich in dem gesamten Wirtschaftsleben seit der Stabilisierung vollzogen hat, ist an der Börse fast spurlos vorübergegangen. Zahlreiche überflüssige Existenzen, Makler der verschiedensten Art halten sich aufrecht, belasten den Betrieb der Börse, erschweren die Umstellung. Es erweist sich erneut, daß die Börse trotz ihrer spekulativen Grundrichtung eine schwerfällige und konservative, vielleicht eine überlebte Institution ist . . .

Noch ist nicht endgültig erwiesen, ob es sich um eine vorübergehende oder um eine endgültige Erscheinung handelt. Die Konzentration des Kapitals, die immer weiter um sich greifende Selbstfinanzierung ist die eigentliche Ursache der fast zweijährigen Stodung des Börsengeschäfts. Seit dem Mai 1927, dem Einbruch der Reichsbank in das Börsengeschäft, ist man über kampfshafte Spekulationsversuche nicht mehr hinausgelommen. Gewiß, die Kurse haben sich in zäher Arbeit der Börsenherren wieder gehoben, der jähe Tiefstand ist überwunden — aber die früheren sprunghaften Veränderungen innerhalb weniger Monate, das schnelle Auf und Ab, das charakteristische Kennzeichen weitausholender Spekulation hat aufgehört. Es sind der Spekulanten zuviel im Verhältnis zu dem vorhandenen Bedürfnis, das zu Spekulationszwecken verfügbare Geld ist dauernd verknappt und, was wohl am bedeutsamsten ist, die Finanzierungsmethoden der Industrie sind andere geworden: die planmäßige Selbstfinanzierung trifft die Börse außerordentlich schwer. Ihr Lebensraum hat sich verengt, ihre Existenzbasis schwindet. Das Interesse der Industrie ist auf andere Dinge gerichtet als auf Börsenspekulationen. Die Industrie scheint die Börse mehr und mehr zu meiden. Nur ein Bruchteil der Kapitalneubildung hat 1928 den Weg über die Börse genommen, von den errechneten 9 Milliarden Mark vielleicht 0,8 bis 1 Milliarde. Kein Zweifel, die Börse ist faktisch in den Hintergrund gedrängt. Sie hat den Anschluß an die Konjunkturveränderungen verloren.

Die neue Situation, die neuen Tatsachen lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß, je weiter die Kapitalkonzentration fortschreitet, die Kapitalerhöhungen auf direktem Wege vor sich gehen, die Börse noch weiter überflüssig wird. Es vollzieht sich hier ein Umwandlungsprozeß, der mit dem Strukturwandel der gesamten Wirtschaft in innerem Zusammenhang steht. Eine erhebliche Einschränkung der Börsentätigkeit ist jetzt schon deutlich erkennbar, ob es sich um ein gänzlichcs Absterben handelt, werden die nächsten Jahre schon lehren müssen.

VII. Außenhandel

Die Handelsbilanz hat sich 1928 mit gewohnter Geschmäßigkeit dem allgemeinen Konjunkturverlauf angepaßt. Jene naiven Kreise, die in jeder zahlenmäßigen Verminderung der Passivität der Handelsbilanz ein Zeichen günstiger Wirtschaftsgestaltung erblicken, werden von dem Ergebnis des Jahres 1928 erfreut sein. Dazu aber liegt am allerwenigsten Anlaß vor.

Deutsche Handelsbilanz in den Jahren 1925 bis 1928

	1928	1927	1926	1925
	in Millionen Mark			
Einfuhr im reinen Warenverkehr	13643,7	13801,3	9701,5	11744,0
Ausfuhr im reinen Warenverkehr				
ohne Reparationen	11785,7	10375,7	9929,9	8930,5
Reparations-Sachlieferungen . .	658,3	577,6	630,8	520,4
Einfuhr- (—) ohne Rep. bezw.	— 1858,0	— 3425,6	+ 228,4	— 2813,5
Ausfuhrüberschuß (+) mit Rep.	— 1199,7	— 2848,0	+ 850,2	— 2293,1

Vergleicht man die vier letzten Jahre, so zeigt sich unverkennbar anhaltende Besserung: Seit 1924 ist sowohl die Menge der Einfuhr wie auch der Ausfuhr erheblich gestiegen. Gegenüber 1927, dem Jahr der guten Konjunktur, ist 1928 eine Abschwächung festzustellen. Die eingetretenen Veränderungen sind im Charakter der Konjunktur bedingt: das Jahr 1927 und die ersten Monate 1928 weisen eine hohe Rohstoffeinfuhr auf, womit die Grundlage für die gesteigerte Ausfuhr der späteren Monate gegeben ist. Diese Tendenz der Handelsbilanz wird in den ersten Monaten 1929 noch stärker hervortreten — sie kann, wenn die Depression länger anhält, sogar wie 1926, in der Zeit tiefster Krise, zu einer „aktiven“ Handelsbilanz führen.

VIII. Die Reparationsfrage

Während der nächsten Monate wird die Reparationsfrage alle anderen Fragen überschatten. Die Sachverständigenkonferenz soll zweierlei leisten: einmal die Gesamthöhe der deutschen Leistungen, zum andern die Höhe der Jahresleistungen, das heißt die Dauer, während der Deutschland Reparationen zu zahlen hat. Beides ist von entscheidender Bedeutung. Der Reparationsagent hat die Diskussion mit seinem Jahresbericht schon eröffnet. Parler Gilbert, der sich mit seinen bisherigen Berichten mehr Freunde als Gegner erwarb, ist mit dem letzten Bericht auf die geschlossene Front der Gegner in Deutschland gestoßen. Der Optimismus, womit er die deutsche Wirtschaftslage beurteilt hat, führte zu heftigem Widerspruch. Von deutscher Seite wird prompt das entgegengesetzte Verfahren eingeschlagen: Man setzt dem rosaroten Optimismus Gilberts aschgrauen Pessimismus entgegen.

Ohne uns in die vielgestaltigen Einzelheiten einzulassen, muß doch gesagt werden, daß das eine so falsch ist wie das andere. Die offenkundigen Uebertreibungen des Reparationsagenten werden durch die Tatsachen selbst korrigiert werden. Nicht etwa durch die augenblickliche Wirtschaftsdepression. Man mache sich keinen faulen Zauber vor: die Reparationsfachverständigen

dürften vom Wesen der Krise auch soviel verstehen, daß sie eine kommende und gehende Erscheinung ist, die im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründet, nicht also etwa bloß eine spezifisch deutsche Krankheit ist. Die Spekulation auf die gegenwärtige Krise lasse man deshalb von vornherein fallen, das hat keinen Zweck.

Ueberhaupt ist der deutschen Seite, die wieder Töne aus der bewegten Zeit vor 1923/24 hören läßt, dringend zu raten: Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Anständigkeit. Andere Mittel versagen nicht. Man bilde sich doch nicht ein, die Gegenseite täuschen zu können. Parker Gilbert, dessen Bericht von den meisten desto heftiger kritisiert wird, je weniger sie ihn gelesen haben, mag seinen Optimismus reichlich dick aufgetragen haben — jeder, der ein einseitig optimistisches Bild von der deutschen Wirtschaftslage entwirft, geht fehl. Aber soll, weil dem so ist, jetzt plötzlich, da es sich um die Endsumme und die Jahreszahlungen handelt, alles nicht mehr wahr sein, was kürzlich noch mit Fanfarenklang verkündet wurde: Der märchenhafte wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, das deutsche Wirtschaftswunder, der Triumph deutscher Technik und Wissenschaft? Das wurde gerade dem Auslande gegenüber immer wieder stark betont, um hundertprozentig kreditwürdig zu erscheinen, und Parker Gilbert hat in allen seinen früheren Berichten neben vielen treffenden kritischen Bemerkungen diese Tatsache mitunterstrichen. Jetzt will man den Reparationsagenten und das erstaunte Ausland eines anderen belehren?

Wir glauben, daß diese Anstrengungen vergeblich sein werden. Mag der Reparationsagent in seinem letzten Bericht stark übertrieben haben, bis jetzt hat er sich als ein überraschend guter Kenner der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage bewährt. Mit Täuschungsmitteln ist dagegen nicht anzukommen, sondern nur mit Tatsachen. Die Beweiskraft der Gilbertschen Argumente ist in vielem erfolgreich anfechtbar. So die Behauptung, daß der Dawesplan fünf Jahre lang ohne Störung funktioniert habe. Gilbert und die Sachverständigen werden wissen, daß mit dieser These für die künftige Funktion des Dawes-Planes nichts bewiesen ist: Alle bisherigen Zahlungen sind durch Auslandsanleihen gedeckt und die Annuität von 2,5 Milliarden, die zur Dauereinrichtung gemacht werden soll, hat erst für ein Jahr gegolten. Wie diese Annuität nach einer Reihe von Jahren sich auswirkt, ob sie tragbar ist, in welcher Form, in Geldzahlungen oder in Sachlieferungen, darüber können Gilbert und die Sachverständigen nichts aussagen. Die einfachsten Ueberlegungen sollten sie warnen, den Bogen zu überspannen.

Wie auch die Gutachten der Sachverständigen ausfallen werden, welchen Gebrauch auch Deutschlands Gläubiger bei der Vornahme der Endregelung davon machen werden — auswirken wird sich die Entscheidung immer gegen die Arbeiterklasse, die die Lasten zu tragen haben wird. Der Weltkrieg, das Werk der Imperialisten, war das Verhängnis, das Verhängnis ist nicht beendet. Die Urheber und Schuldigen der Tragödie haben unzählige Konferenzen abgehalten. Jetzt steigt eine neue. In Paris versammeln sich unter dem Deckmantel der Sachverständigkeit die Exponenten des Weltkapitals, an dessen Spitze diktierend die amerikanische

Finanz steht. Es wird das Bestreben dieser Kreise sein, Schacht und Böglner eingeschlossen, der deutschen Arbeiterklasse die gesamte Last auf die Schultern zu packen. Die Arbeiterklasse kann nur zweierlei in dieser Situation tun: den Kampf um die gerechte Verteilung der Reparationslasten aufnehmen und die äußerste Anstrengung wagen, daß sich Katastrophen, deren Resultat die Reparationsfrage ist, nicht wiederholen.

IX. Sturmzeichen

An der Schwelle des neuen Jahres steht das wirtschaftliche Barometer auf Sturm! Die Arbeitslosigkeit steigt von Woche zu Woche springflutartig. Wir stehen wie 1926 nahe vor der dritten Million! Und noch ist der Prozeß der Massenentlassungen nicht zum Stillstand gekommen. Die differenzierte Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften läßt ziemlich deutlich erkennen, daß es sich um eine tiefgehende Depression handelt, die mit den Auswirkungen der Saison nicht erklärt werden kann. Heftigkeit und Dauer der Krise lassen sich noch gar nicht voraussehen.

Wir geraten aus dem Stadium der schleichenden Krise in den Zustand der offenen Krise.

Sind das wieder die vielgepriesenen Zeichen der Säuberung und des Wachstums? Wo sind jetzt die kapitalistischen Wirtschaftsführer, die den Mut haben, von der Richtigkeit und Unfehlbarkeit ihrer Führung zu sprechen? Wo ist die Arbeit, nach denen Millionen täglich schreien? Wo ist die „private Initiative“, die aller Schwierigkeiten Herr wird? Nichts da, ihr Herren, die ihr zu tapfer das eigene Lob zu verbreiten versteht! Schweigen herrscht in der Front der gefeierten Wirtschaftsführer — sie wissen keinen Rat, keinen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Massenelend. Sie besitzen auch jetzt noch die Stirn, gegen die Sozialpolitik, gegen Erwerbslosenfürsorge und Krisenunterstützung zu wettern — während sie als gute Rechner sehr genau wissen, daß ohne staatliche Erwerbslosenfürsorge die kapitalistische Gesellschaftsordnung längst von den hungernden Millionen hinweggefegt wäre.

Und trotz aller Milderungen durch Staat und Gemeinden, trotz des Ausgleichs, der fortgesetzt gesucht wird, steht das soziale Barometer ebenso wie das wirtschaftliche auf Sturm. Wir kehren zum Ausgangspunkt der Betrachtung zurück: Der Beginn der Konjunkturabschwächung wurde von der Unternehmerschaft eingeleitet mit der Verschärfung der Lohnkämpfe, womit der sinkenden Konjunktur Dolchstöße im wahrsten Sinne des Wortes versetzt wurden. Die Unternehmer setzen die eingeschlagene Taktik fort. Das Jahr 1929 wird, besonders nach dem famosen Entscheid des Reichsarbeitsgerichts gegen eine vernünftige Schlichtungspolitik, ein Jahr härtester Klassenkämpfe werden. Die Gewerkschaften werden eine beispiellose Belastung zu ertragen haben. Sie werden die außergewöhnlichen Anforderungen, die an sie gestellt werden, nur erfüllen können, wenn Führer und Massen unverbrüchlich zusammenstehen, wenn ein Gedanke sie zu einer unzerbrechbaren Einheit verbindet: der große Gedanke, daß der unablässige Kampf des Tages um die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse über seinen nächsten Zweck hinaus der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung dient.

Das Wachstum der Städte ein Industrieproblem

Ernst Wilh. Neumann (Berlin)

Die wachsende Ausdehnung der Städte geht Hand in Hand mit der zunehmenden Entvölkerung des flachen Landes. Die Massen, die das flache Land verlassen, wenden sich nach den Städten, wo sie die vorhandene Bevölkerung vermehren und dazu beitragen, daß die Bedeutung der Stadt in steigendem Maße zunimmt. Die Gründe für das Wachstum der Städte sind verschiedener Natur. Neben den wirtschaftlichen Beweggründen, die die Hauptursachen sind, spielen psychologische Momente eine nicht unbedeutende Rolle. Vom Standpunkte des Volkswirtschaftlers ist es nicht gleichgültig, welchen Grad die Entwicklung heute angenommen hat. Die Industrialisierung Deutschlands vollzieht sich fast in dem gleichen Tempo. Die Ergebnisse der Wanderungsbilanz eröffnen einen aufschlußreichen Einblick in das Tempo dieser Entwicklung. Während 1882 noch 40 vH der gesamten deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft lebten, waren es 1925 nur noch 23 vH. Der Rückgang ist ganz enorm. Der Anteil der industriellen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung vermehrte sich in der gleichen Zeit von 35 vH auf 41 vH und der Anteil der vom Handel und Verkehr lebenden Bevölkerung stieg in diesem Zeitraum von 9,7 vH auf 16,9 vH. Man sieht, daß der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufgefogen wird von dem Handel und Verkehr und der Industrie. Daß der Handel und Verkehr prozentual stärker als die Industrie zunimmt, hat seine triftigen Gründe. In unserer Zeit ist der Ausbau des Verkehrs und des Handels zur Erschließung neuer Absatzgebiete eine zwingende Notwendigkeit. Naturgemäß hängt diese schnelle Auswärtsentwicklung mit dem Aufschwung der Industrie zusammen, da sie auf der Verbundenheit dieser Gewerbe miteinander beruht.

Nach den Ergebnissen der Wanderungsbilanz haben die 45 deutschen Großstädte in der Zeit von 1910 bis 1925 rund 1,5 Millionen Personen gewonnen. Zieht man diejenigen Personen ab, die durch Geburtenüberschuß hinzugekommen sind, so bleibt noch ein ganz erheblicher Prozentsatz, der durch Zuwanderung die städtische Bevölkerung vermehrt hat. Zu bemerken ist an dem Ergebnis, daß einige Städte infolge wirtschaftlicher Krisen, militärischer Besatzung und während des Krieges durch Abwanderung verloren haben. Aachen hat durch Abwanderung 4000, Bochum 10000, Elberfeld 17000, Kiel 30000, Krefeld und Magdeburg je 2000, Plauen 21000 und Wiesbaden 10000 Personen verloren. Die Gründe für den Verlust sind verschieden. Zum Teil ist er auf den Verlust des Militärs zurückzuführen, zum Teil auf wirtschaftliche Ursachen. In den Städten wie zum Beispiel Plauen und Elberfeld hat die Industrie und der Handel und Verkehr die inzwischen brotlos gewordenen Hausgewerbetreibenden nicht aufnehmen können, sie sind abgewandert. Für die Abwanderung aus Wiesbaden und Magdeburg dürften dieselben Gründe maßgebend gewesen sein.

Durch Zuwanderung zugenommen hat am stärksten Berlin mit rund 220000 Personen, dann folgt Hamburg mit 121000 Personen, München

mit 61 000, Köln mit 48 000, Düsseldorf mit 30 000, Frankfurt am Main mit 27 000, Bremen mit 21 000, Dortmund mit 18 000, Königsberg in Preußen und Breslau mit je 14 000. Im wesentlichen ist die Zuwanderung nach den Städten erfolgt, deren Industrie in starker Aufwärtsentwicklung sich befindet.

Die Großstadt selbst hat zwar eine starke Anziehungskraft auf die ländliche Bevölkerung, sie wird aber wesentlich dadurch eingedämmt, wenn hier die Möglichkeit auf Verdienst nicht in ausreichendem Maße gegeben ist. Die Wohnbevölkerung in Chemnitz ist von 1910 bis 1925 um 30 000 gestiegen, die Zuwanderung betrug 3000 Personen. Die Stettiner Wohnbevölkerung stieg in der gleichen Zeit um 17 000, davon kamen durch Zuwanderung 9000 hinzu. Während in Stettin die Zunahme durch Zuwanderung an der Gesamtvermehrung rund 60 vH beträgt, beziffert sie sich in Chemnitz nur auf 10 vH. Diese Erscheinung klärt sich im wesentlichen dadurch auf, daß Chemnitz eine industrielle Umgegend hat, wo der Anreiz zur Abwanderung nicht so groß ist, als in der Umgegend von Stettin, die agrarisch ist. Die Gegenüberstellung von Bevölkerungsvermehrung und Wanderungsgewinn in einigen Großstädten wird diese Erscheinung noch deutlicher machen:

	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn
Altona	88 000	4 000
Braunschweig	31 000	3 000
Bremen	37 700	21 000
Breslau	42 000	14 000
Dortmund	62 100	18 000
Duisburg	43 300	6 000
Düsseldorf	74 000	30 000
Erfurt	12 000	3 000
Halle	13 700	8 000
Kassel	18 000	2 000
Königsberg i. Pr.	34 000	14 000

Die Behauptung, daß die Zuwanderer sämtlich vom flachen Lande gekommen sind, läßt sich natürlich nicht aufstellen. Ein erheblicher Teil wechselt von Stadt zu Stadt; genaue statistische Nachweise gibt es hierüber nicht. Aber wenn man die Wanderungsbilanz auf das Ergebnis hin prüft, wie groß die Abwanderung aus den ländlichen Bezirken ist, so ergeben sich daraus bemerkenswerte Rückschlüsse. Im einzelnen wird daraus ersichtlich, wie hoch der Prozentsatz derer ist, die die rein ländlichen Bezirke verlassen. Während zum Beispiel der Regierungsbezirk Königsberg i. Pr. in dem Zeitraum von 1910 bis 1925 rund 25 000 Personen durch Abwanderung einbüßte, nahm die Stadt Königsberg um 14 000 durch Zuwanderung zu. Im allgemeinen zeigt sich, daß die Regierungsbezirke mit einer größeren, industriell stark durchsetzten Stadt nicht so stark abgenommen haben wie die Regierungsbezirke mit rein land- und forstwirtschaftlichem Gebiete. Der Regierungsbezirk Gumbinnen hat zum Beispiel 39 800 Personen, der Regierungsbezirk Allenstein 56 000 Menschen durch Abwanderung eingebüßt.

Zu den Gebieten mit starker Abwanderung hat im übrigen Ostpreußen seit jeher gehört. In der Zeit von 1910 bis 1925 ist bei einem Geburten-

überschuß von rund 244 000 nur eine Bevölkerungszunahme von 109 000 Personen eingetreten, so daß Ostpreußen insgesamt 135 000 Menschen durch Abwanderung verloren hat. Der Druck zur Abwanderung ergibt sich in der Hauptsache aus dem stark ausgeprägten großlandwirtschaftlichen Charakter der ostpreußischen Wirtschaft, die dem Bevölkerungsüberschuß nicht ausreichende Erwerbsmöglichkeiten bietet. In Regierungsbezirken mit einer starken, in den ländlichen Gegenden verstreuten Industrie ist ein Rückgang durch Abwanderung nicht eingetreten. Der Regierungsbezirk Wiesbaden hat durch Zuwanderung 30 000, der Regierungsbezirk Hessen-Nassau 13 000 gewonnen. Die Provinz Brandenburg hat eine Zunahme durch Zuwanderung von 111 600 Personen zu verzeichnen. Bemerkenswert ist das Ergebnis in Sachsen. Der industriell stark durchsetzte Freistaat hat durch Abwanderung 92 000 Personen verloren, davon aus der Kreishauptmannschaft Zwickau 67 000 Personen. In Württemberg und Bayern stehen, wie vor dem Kriege, neben den durch die Landeshauptstädte Stuttgart und München gekennzeichneten Zuwanderungsgebieten die übrigen Landesteile fast ausnahmslos als Abwanderungsgebiete. Der württembergische Wanderungsverlust ist dabei in erster Linie auf Rechnung der Auswanderung nach Uebersee zu setzen. In Bayern liegen die stärksten Abwanderungsgebiete in den agrarischen und von der industriellen Entwicklung weniger berührten Regierungsbezirken Niederbayern, Oberpfalz und Unterfranken, die zusammen einen Wanderungsverlust von rund 121 000 Personen haben.

Da sich der Wanderungsgewinn und Wanderungsverlust der Länder und größeren Verwaltungsbezirke des Deutschen Reiches über einen längeren Zeitraum verfolgen läßt, so dürfte die Gegenüberstellung der betreffenden Zahlen aus einigen Bezirken nicht ohne Interesse sein. Zunächst seien die Verlustzahlen angeführt. Es verlor:

	1895—1900	1900—1910	1910—1925
Regierungsbezirk Königsberg . . .	82 332	62 000	24 500
„ Gumbinnen . . .	64 200	63 000	38 800
„ Allenstein . . .	—	59 000	56 200
„ Köslin	36 700	63 200	11 800
„ Breslau	32 800	42 000	24 400
„ Cappel	26 100	55 000	50 300
„ Magdeburg . . .	21 200	64 300	10 900
„ Merseburg . . .	28 700	65 200	14 900
„ Koblenz	13 200	30 000	25 000
„ Niederbayern . .	33 600	40 000	48 300
„ Oberpfalz	25 000	28 700	36 000
Freistaat Thüringen	19 400	42 000	13 700
„ Württemberg	43 400	36 200	33 600

Die Abwanderung ist, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, nicht überall gleichmäßig verlaufen. Während sie im Regierungsbezirk Königsberg seit 1895 ständig rückgängig ist, ist sie in Niederbayern und in der Oberpfalz im Ansteigen begriffen. Ganz enorm ist der Rückgang der Abwanderung im Magdeburger und Merseburger Bezirk seit 1900. Hier hat die zunehmende Industrialisierung den Strom aufgehalten. Beachtlich ist auch der Rückgang

im Kösliner Bezirk seit 1900, während in Württemberg nur ein leichtes Fallen verzeichnet werden kann. Was Thüringen anbelangt, so scheint hier die Tendenz schwankend zu sein. Immerhin zeigen die Zahlen, wie Städtewachstum und Landflucht aufeinander reagieren. Noch deutlicher wird dies aus den Zahlen ersichtlich, die den Gewinn anzeigen. Es zeigt sich, daß nicht nur die Städte, sondern auch die industriellen Gebietsteile an dem Verlust profitieren. Es gewannen durch Zuwanderung:

	1895—1900	1900—1910	1910—1925
Regierungsbez. Potsdam u. Berlin	292800	696500	427400
" Hannover	14800	12500	27400
" Wiesbaden	35500	57200	30100
" Düsseldorf	175600	222900	20700
" Köln	40200	47800	69100
" Münster	45900	105000	60000
" Oberbayern	65300	40700	79100
Kreishauptmannschaft Leipzig	36900	15600	6500
Landeskreis Mannheim	16100	3000	3500
Württemberg, Neckarkreis	1000	29000	34400

Auch hier wieder die recht unterschiedliche Entwicklung. Im Neckarkreis ein rapider Aufschwung, im Landeskreis Mannheim rückläufige Tendenz, eine Erscheinung, die sich in der Kreishauptmannschaft Leipzig wiederholt und noch deutlicher in den Regierungsbezirken Potsdam und Düsseldorf hervortritt. Zu bemerken ist noch, daß in einigen Verwaltungsbezirken die Ab- und Zuwanderung ein sehr unterschiedliches Bild zeigt. Im Regierungsbezirk Straßburg gingen von 1900 bis 1910 rund 15000 Personen durch Abwanderung verloren, von 1910 bis 1925 gewann der Bezirk durch Zuwanderung 37000. Der Regierungsbezirk Frankfurt verlor von 1900 bis 1910 rund 68000 Personen durch Abwanderung und gewann von 1910 bis 1925 rund 22400 durch Zuwanderung.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen uns den Stand der industriellen und städtischen Entwicklung in den betreffenden Gebieten. Die Zunahme der städtischen Bevölkerung ist allein nicht entscheidend für den Rückgang der Abwanderung wenn nicht die Industrialisierung des Bezirkes hinzukommt. Daß die Abwanderung auch zurückgehen kann, wenn die maßgebenden Städte des Bezirkes sich nur langsam oder gar nicht aufwärts entwickeln, dafür sei als Beispiel der Regierungsbezirk Köslin angeführt. Hier ist die Abwanderung seit 1910 um 60 vH gesunken, die Bevölkerung der Stadt Köslin hat in der gleichen Zeit um 3000 abgenommen, zurückzuführen auf die Stilllegung einer großen Papierfabrik. Die Verengung der Erwerbsmöglichkeit in der Stadt hat die städtische Bevölkerung dezimiert, nicht aber den Rückgang der Abwanderung aus dem ländlichen Teil des Bezirkes aufhalten können. Diese Erscheinung zeigt sich auch in anderen Verwaltungsbezirken und Ländern.

Daraus ergibt sich, daß das Wachstum der Städte mit ihrer Industrialisierung Hand in Hand geht. Je größer die Fortschritte sind, die die Stadt bezüglich ihrer Industrialisierung noch machen kann, desto mehr wächst ihre Bevölkerung. Wenn die Industrialisierung aufhört, so ist in dem Bezirk

zweifellos eine gewisse Uebersättigung eingetreten, man kann auch sagen, daß sie der Zeit etwas vorausgeeilt ist, so daß ein Stillstand eintritt. Gerade die Wanderungsbewegung gibt hierfür einige lehrreiche und zweifellos auch der Entwicklung nicht widersprechende Zahlen. Wie sollte die Erscheinung, daß im Regierungsbezirk Arnberg die Zuwanderung seit 1895 ständig zurückgeht und von 1910 bis 1925 sogar ein Verlust von 58000 Personen durch Abwanderung eingetreten ist, anders erklärlich gemacht werden können? Industriestädte wie Bochum, Gelsenkirchen, Hamborn, Essen, Mülheim a. d. Ruhr und Dortmund haben seit 1900 einen zwar nicht großen, aber ständigen Rückgang an Zuwanderung zu verzeichnen. Die Möglichkeit zur Erschließung neuer Industrien wird hier immer mehr eingeeengt, woraus diese Erscheinung erklärlich wird. Dagegen sind die Städte mit einer entwicklungsfähigen Industrie in einem schnellen Aufschwung begriffen. Die Wohnbevölkerung in Ludwigshafen a. Rh. hat von 1910 bis 1925 um 22 vH zugenommen, in Barmen dagegen hat sich die Wohnbevölkerung um 0,3 vH verringert.

Die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat macht die Schar der Besitzlosen immer größer. Da die Gesamtbevölkerungszahl nicht abnimmt, sondern sich ständig vermehrt, von 35 Millionen im Jahre 1850 auf 62,5 Millionen im Jahre 1925 trotz des Gebietsverlustes, so wird diese Erscheinung durch die Entwicklung gerechtfertigt. Nach den Ergebnissen der Berufszählung hat die erwerbstätige Bevölkerung Deutschlands von 1907 bis 1925 um 27 vH zugenommen. Bei Berücksichtigung aller durch den Krieg aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung läßt sich doch nicht verkennen, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands ein schnelles Tempo angenommen hat. Ersichtlich wird dies aus dem Wachstum der Städte, umeres Erachtens ein Gradmesser für den Stand der industriellen Entwicklung.

Hieraus wird auch erklärlich, weshalb die Industrie sich vorwiegend in und um den größeren Städten konzentriert. Umgekehrt das Problem angesehen, besagt, daß die Konzentration der Industrie auf bestimmten Gebieten die Städte erst zur Entwicklung brachte. In ausgesprochenen Industriegebieten, wie an der Ruhr, haben sich auf verhältnismäßig kleiner Fläche mehrere Großstädte entwickelt, während auf dem großen Flächenraum Ostpreußens nur eine Großstadt vorhanden ist. Ähnliche Verhältnisse ergeben sich, wenn man Pommern und Oberschlesien gegeneinander stellt. Das Kohlenvorkommen im Ruhrgebiet und in Oberschlesien begünstigt die Bildung von größeren Städten, hier sind für viele Tausende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden, während diese in den agrarischen Provinzen Ostpreußens und Pommerns nicht ausreichend sind für die nachgeborene Bevölkerung und somit die Abwanderung vorziehen. Es ergibt sich daraus, daß, je mehr ein Land industrialisiert wird, desto mehr wachsen die Städte, und diese werden um so größer sowohl an Ausdehnung wie an Bevölkerungszahl, je enger sich die Städte infolge ihrer Gebundenheit an dem Vorkommen von Naturschätzen auf einem bestimmten Gebiete zusammenziehen. Etwas anders, aber mit keinem großen Unterschiede verläuft die Entwicklung in den ausgesprochenen Handelsstädten. Daß sich Hamburg zu

einer Weltstadt ausgebildet hat, ergibt sich aus ihrer günstig sowohl für die Schifffahrt sowie den Binnenverkehr gelegenen Lage. Bremen wird diese Ausdehnung nie erreichen, obgleich hier eine starke Industrie vorhanden ist. Selbstverständlich ist für die Entwicklung der Stadt und ihrer Industrialisierung in erster Linie ihre Lage ausschlaggebend. Es hängt sowohl von der geographischen Lage wie von der Bodenbeschaffenheit ab, ob die Möglichkeiten der Ausdehnung gegeben sind. Diese sind auch im wesentlichen bestimmend für den Grad, den die Erwerbsmöglichkeiten erreichen können. Im weiteren Sinne ist auch das Klima von einem gewissen Einfluß. Doch sind in Deutschland die klimatischen Veränderungen nicht so groß, daß sie die Entwicklung wesentlich beeinflussen.

:::

:::

:::

Die Konzentrationsbewegung in der Metallindustrie

Aus der volkswirtschaftlichen Abteilung des DVB von Fritz König (Stuttgart)

1. Stand der Konzentration Ende 1927

Nach dem Zusammenbruch oder der Rückbildung der Inflationskonzerne hat sich die Konzentrationsbewegung auf veränderter Grundlage in rascher Folge weiter entwickelt. Insbesondere hat die sogenannte Rationalisierung eine starke Kapitalkonzentration ausgelöst, sei es in der Form interessengemeinschaftlicher Vertragsabschlüsse mit gegenseitiger Durchdringung von Kapital, durch völlige Verschmelzung (Fusion) oder durch expansive Einflußnahme in Form der Vermögensbeherrschung. Der Prozeß, der sich in dieser Art vollzieht, entspricht durchaus dem innersten Wesen sowie den Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen des Kapitalismus.

Neben der reinen Montanindustrie (Kali-, Braun- und Steinkohlenbergbau) und der chemischen Industrie sind es vor allem die verschiedenen Wirtschaftsgebiete der Metallindustrie, die von der Konzentrationswelle ergriffen wurden und deren Aktienkapitalien heute bis zu hundert Prozent (Kali) auf Konzerngesellschaften entfallen. Den Stand der Kapitalkonzentration in der Montan-, Eisen-, Metall- und Elektroindustrie Ende des Jahres 1927 versucht eine vom Statistischen Reichsamt veranlaßte Erhebung über die Höhe des in Konzernen und Interessengemeinschaften dieser Gewerbegruppen erfaßten Aktienkapitals darzulegen. Es sei aber vorweg darauf hingewiesen, daß der tatsächliche Umfang und Einfluß der Konzentration viel stärker ist als dies in der Statistik zum Ausdruck kommt, die sowohl das durch Fusion entstandene Einzelunternehmen (Trust) als auch alle nicht in Aktienform betriebenen Konzerngesellschaften unberücksichtigt läßt. Folgende, nach den in „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 3, 1928) veröffentlichten Riffen zusammengestellte Tabelle zeigt die Zahl und das Nominalkapital der konzernmäßig verbundenen Aktiengesellschaften und deren Kapital im Verhältnis zum Gesamtkapital der in Frage kommenden Gewerbegruppen. Der Gesamtzahl der in den Gewerbegruppen vorhandenen Aktiengesellschaften ist die Zahl der in Konzernen zusammengefaßten Unternehmungen gegenübergestellt: für jede Haupt- und Untergruppe ist das Prozentverhältnis des konzernmäßig erfaßten Aktienkapitals errechnet.

Konzentration des Aktienkapitals in der Montan- und Metallindustrie

Das Nominalkapital der konzernierten Unternehmungen im Verhältnis zum Gesamtkapital der Gewerbegruppen

Gewerbegruppen	Die Aktiengesellschaften im Deutschen Reich Ende 1927		Davon in Konzernen und Interessengemeinschaften		Das Aktienkap. d. Konzerngesellschaften, bezogen auf das gesamte Aktienkapital d. Gewerbegrupp. in vH
	Anzahl	Nominalkapital Mill. M.	Anzahl	Nominalkapital Mill. M.	
Bergbau	179	1262	93	1180	93,5
darunter					
Steinkohlenbergbau	31	590	20	534	90,5
Braunkohlenbergbau	66	396	43	378	95,5
Mit Bergbau verbund. Unternehmungen	51	1559	27	1523	97,7
Eisen- und Metallgewinnung	143	273	50	224	82,1
darunter:					
Großeisenindustrie	78	154	32	126	81,8
Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Werke.	66	358	30	317	88,5
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren.	402	346	38	113	32,7
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau.	953	1521	150	636	41,8
darunter:					
Maschinen- und Apparatebau .	765	1114	116	477	42,8
Elektrotechnische Industrie . .	244	578	62	488	84,4
Feinmechanik und Optik. . . .	97	86	12	41	47,7
Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	190	1169	131	956	81,8
Zusammen	3265	9406	804	6993	73,9

Die Gesamtzahl der im Deutschen Reich vorhandenen Aktiengesellschaften wird vom Statistischen Reichsamt für Ende 1927 mit 12008 Gesellschaften angegeben, die über ein Kapital von 18117 Millionen Mark verfügen. Von den 12008 Aktiengesellschaften entfallen etwa 2265 mit einem Gesamtkapital von 9406 Millionen Mark auf die Montan-, Eisen-, Metall- und Elektroindustrie und deren verschiedene Interessen- und Branchengebiete. Von den in diesem großen Industriegebiet arbeitenden Kapital im Gesamtbetrage von 9406 Millionen Mark sind 6993 Millionen oder rund 74 vH des gesamten Aktienkapitals in Konzernen zusammengefaßt. Von den Aktienkapitalien der Gruppe „mit Bergbau verbundene Unternehmungen“ entfallen 97,7 vH des Kapitals auf Konzerngesellschaften. Es folgen dann: Braunkohlenbergbau (95,5 vH), Steinkohlenbergbau (90,5 vH), „mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Werke“ (88,5 vH), elektrotechnische Industrie (84,4 vH), Eisen- und Metallgewinnung (82,1 vH), Großeisenindustrie (81,8 vH) und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung

(81,8 vH). Unter 50 vH liegen nur die Zahlen für Feinmechanik und Optik (47,7 vH), Maschinen- und Apparatebau (42,8 vH), Fahrzeugbau (41,8 vH) und die Gruppe Stahl- und Metallwaren mit 32,7 vH.

Die statistischen Untersuchungen ergeben, daß drei Viertel der Nominalkapitalien unter der Herrschaft von Konzernen der aufgeführten Gewerbegruppen stehen. Angesichts der Tatsache, daß bei den kapitalstärksten Branchen die Form der Aktiengesellschaft vorherrschend ist, hat man der Statistik über die Konzentration des Aktienkapitals größte Bedeutung beizumessen.

2. Die Entwicklung im Jahre 1928

Die große Zusammenschlußbewegung, die schon seit einer Reihe von Jahren in der deutschen Wirtschaft und besonders in den verschiedenen Branchengebieten der Metallindustrie zu beobachten ist, hat im vergangenen Jahre neuen Impuls erhalten. Das Ziel der Konzentration ist leider nicht ausschließlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch rationelle Produktionsgestaltung und Warenverteilung, sondern vielfach die Geltendmachung machtpolitischen Einflusses. Die Formen der Konzentration sind sehr verschieden, doch kann festgestellt werden, daß die horizontale Form, das heißt der Zusammenschluß von Unternehmungen gleicher Art oder derselben Produktionsstufe die Regel bildet. Die vertikale Konzentration (Zusammenschluß von Unternehmungen verschiedener Art), die besonders während der Inflation in der Montan- und Eisenindustrie üblich war, gilt vorläufig für mehr oder weniger beendet. Besonders charakteristisch und symptomatisch für die Konzentrationsbewegung ist die Tatsache, daß sich neuerdings Zusammenschlüsse von Betrieben in Industrien anbahnen, die bisher aus ihrer ganzen Struktur heraus wenig Neigung zur Konzentration gezeigt haben. Hier ist in erster Linie auf verschiedene Zweige der Maschinenindustrie (Lokomotivbau) hinzuweisen, wo bisher eine besonders große Zersplitterung und Uebersehung zu beobachten war, ferner auf die Werstindustrie und auf die feinmechanische Industrie. Alle diese Zusammenschlüsse haben, wie bereits bemerkt, ihre besonderen Ursachen und Ziele.

Es erübrigt sich, hier nähere Ausführungen über einzelne Konzentrationsvorgänge zu machen, da in der dieser Zeitschrift beigelegten „Volkswirtschaftlichen Rundschau“ laufend und in eingehender Weise über erfolgte Fusionen und Interessengemeinschaften berichtet wurde. Insgesamt sind im Jahre 1928 in den Branchenzweigen und Interessengebieten der Montan- und Metallindustrie 91 Konzentrationsvorgänge zu verzeichnen, die sich auf die einzelnen Gewerbebezüge folgendermaßen verteilen:

Gewerbegruppen	Zahl der Fusionen und Interessengemeinschaften
Montan- und Hüttenindustrie	24
Maschinen- und Apparatebau	24
Elektrotechnische und feinmechanische Industrie	15
Krafterzeugung und -verorgung	12
Fahrzeug- und Schiffbau	9
Metallwarenindustrie	7
Zusammen	91

Neben den konzernmäßigen und interessengemeinschaftlichen Zusammenschlüssen auf horizontaler Basis, die in ihrer Mehrzahl auf paritätischer Grundlage erfolgten, ist eine überaus starke machtpolitische Expansion der in der Metallindustrie vorhandenen Konzerne zu beobachten. Im Jahre 1928 haben in den verschiedenen Branchengebieten 63 Konzerne auf 127 rechtlich selbständige Unternehmungen maßgebenden Einfluß gewonnen, und zwar entfallen auf

18 Konzerne der Montan- und Hüttenindustrie	35 Unternehmungen
16 " " Maschinen- und Fahrzeugindustrie	25 "
14 " " Krafterzeugung und -versorgung	40 "
11 " " elektrotechn. u. feinechan. Industrie	23 "
4 sonstige Konzerne	4 "

Infolge mangelnder und unzuverlässiger Publizität der Konzerne und Unternehmungen ist es nicht möglich, eine Statistik zu führen, die Anspruch auf absolute Vollständigkeit erheben könnte. Oft weisen die Bilanzen eine starke Erhöhung der Beteiligungskonten auf, ohne daß über die Art und den Umfang der Expansion näheres in Erfahrung zu bringen wäre.

Kartelle und Konventionen im Jahre 1928 (Neugründungen und Verlängerungen)

Name des Kartells	Sitz	Vertragsdauer
a) Neugründungen		
Konvention der Kaltwalzwerke	Hagen	30. 4. 1930
Verband für sechseckiges Drahtgeflecht	Düsseldorf	30. 9. 1929
Verband für viereckiges Drahtgeflecht	"	unbekannt
Seildrahtverband	Hagen	"
Verkaufsverband für Kleindrahtprodukte	Düsseldorf	31. 12. 1928
Verband für Matragendrahtbestandteile	Altena	31. 12. 1928
Drahtteil-Exportkonvention	Essen	unbekannt
Verkaufshyndikat für verzinkte Blechwaren	Köln	31. 12. 1933
Preis-konvention für Karosseriebleche	Düsseldorf	unbekannt
Preis-konvention für Feinbleche	?	"
Handelstettenverband	Hagen	31. 12. 1930
Schrauben- und Mutternverband	"	unbekannt
Verkaufsverband für Oberschrauben	Essen	"
Oberschrauben-G.m.b.H.	Düsseldorf	31. 12. 1933
Taschenuhren-Konvention	Schwemingen	unbekannt
Möbelschloßverband Velbert	Velbert	"
Verband deutscher Pumpenfabriken	Berlin	"
Preis-konvention für Schlachthauseinrichtungen	?	"
Gemeinschaft deutscher Echeren- und Stangenfabriken	Hagen	"
Verkaufsverband für verzinkte Transportklannen	Berlin	"
Verband deutscher Schraubstodwerke G.m.b.H.	Hagen	31. 12. 1933
Bereinigung norddeutscher Bleiwerke G.m.b.H.	Hamburg	unbekannt
Verband deutsch. Schrottgroßhändler u. Schrottbetriebe	Düsseldorf	"
Verkaufsverband für gezogene Messingscharniere	Hagen	30. 6. 1930
Etahlformguß-Syndikat	Essen	unbekannt
Bereinig. deutscher Fahrrad- u. Fahrradteile-Großisten	Berlin	"
Kartell deutscher Wassermessersfabrikanten	?	"

Name des Kartells	Sitz	Vertragsdauer
b) Verlängerungen		
Mittelsblechkonvention	Düsseldorf	31. 12. 1928
Verband für Einstecktürschlösser	Essen	31. 12. 1929
Scharnierverband	Essen	31. 12. 1928
Türschließerkonvention	?	31. 12. 1928
Europäisches Zinkkartell	Brüssel	30. 6. 1929
Internationales Walzdrahtkartell	Essen	30. 6. 1929
Europäisches Aluminiumkartell	"	31. 12. 1931

Ein besonderes Gebiet der Konzentration — wobei es sich weder um einseitige noch um gegenseitige Durchdringung finanzieller Art handelt — stellt die Kartell- und Syndikatsbewegung dar. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Kartelle fast durchweg Monopolcharakter aufweisen und daß die sich auf allen Gebieten bemerkbar machende Kartellpolitik einer gesunden Wirtschaftsentwicklung im Wege steht, denn der Zweck der Kartelle ist in erster Linie die Erhöhung der Preise bei aufsteigender und deren Stabilisierung bei sinkender Konjunktur. Von geradezu katastrophaler Wirkung können aber die Produktionseinschränkungen (Kontingentierung) der Kartelle sein, die sich letzten Endes auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und der Konsumenten in verheerender Weise auswirken müssen.

Insgesamt fanden im vergangenen Jahre 27 Neugründungen von Kartellen verschiedener Branchen der Metallindustrie statt; verlängert wurden sieben Kartelle, darunter drei internationaler Art. Die internationalen Vereinbarungen haben sich bisher als besonders nachteilig erwiesen. Die Tendenz dieser Gebilde zeigt deutlich, daß hier von keiner höheren Organisationsform mit planwirtschaftlichem Charakter gesprochen werden kann. Der Zweck der internationalen Kartelle ist fast ohne Ausnahme Drosselung der Produktion zur Erzielung hoher Profite. Die Öffentlichkeit und vor allem die Gewerkschaften werden gut daran tun, diesen Organisationen des Industriekapitals in erhöhtem Maße Aufmerksamkeit zu schenken.

Die konzern- und kartellmäßige Zusammenschlußbewegung sowie die Expansion der bestehenden Trusts und Konzerne hat im Jahre 1928 gewaltige Fortschritte erzielt. Das Netz der Konzernverbindungen und Kapitalverschachtelungen und der Kreis selbständiger Unternehmungen wird zusehends enger.

Man könnte diesen Prozeß als eine naturnotwendige und gesetzmäßige Entwicklung hinnehmen, würden in den Zusammenballungen Organisationsformen in Erscheinung treten, die geeignet wären, der Wirtschaft neue Wege zur höheren Entwicklung in gemeinwirtschaftlichem Sinne zu ebnen, und wenn durch die kapitalistische Konzentration eine Verbilligung der Gütererzeugung erfolgen würde. Leider aber folgen nach dem bekannten

Urteil von Professor Schmalenbach die Truste und Kartelle weder in ihren Organisationsformen und ihrem technischen Aufbau noch in ihrer Wirtschaftspolitik den Grundsätzen einer halbwegs vernünftigen Oekonomie. Daß die industrielle Konzentration zu einer durchgreifenden, vernünftigen und planmäßigen Produktionsgestaltung notwendig ist, wird niemand in Frage stellen. Die Tatsache aber, daß die kapitalistischen Kartell- und Konzernverbindungen mehr von machtpolitischen als von produktionswirtschaftlichen Erwägungen geleitet werden, gebietet den verantwortlichen Organen und gesetzgebenden Körperschaften des Staates, die Augen offen zu halten und dafür zu sorgen, daß es dem organisierten Hochkapitalismus nicht gelingt, sich als Herrscher über Volk und Staat aufzuschwingen. Die Hand- und Kopsarbeiter aber müssen erkennen, daß sie als Arbeitnehmer ihre eigenen Interessen gegenüber dem organisierten Unternehmertum nur wahren können, wenn sie sich zu festgefügtten und kampfbereiten Organisationen zusammenschließen.

:::

:::

:::

Stehen die belgischen Gewerkschaften vor einer Neuorientierung?

E. Peeters (Brüssel)

Infolge seiner geographischen Lage hatte Belgien großen Anteil an der maschinellen Entwicklung im 19. Jahrhundert und mußte auch alle sich daraus ergebenden Folgen über sich ergehen lassen. Unter dem Druck der Ereignisse war es im Laufe der verfloßenen 150 Jahre gezwungen, seine Gesetzgebung umzuarbeiten und dabei auch Gesetze zur Regelung des Gewerkschaftswesens zu schaffen. Die belgischen Gewerkschaftsorganisationen — und dies ist eine der charakteristischen Eigenheiten der belgischen Arbeiterbewegung — haben sich indessen niemals den gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, die gegen sie erlassen wurden. Bis heute haben sie zuzulagen außerhalb des Gesetzes gelebt. Zurzeit scheinen die Meinungen in den Gewerkschaftskreisen eine Wandlung durchgemacht zu haben, und dank eines gegenwärtig vor den Parlamentsausschüssen zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes werden wir wohl demnächst eine Neuorientierung erleben. Im Nachstehenden wollen wir versuchen, zu erklären, auf welche Weise sich dieses Wunder allmählich vollzog.

Die Soldaten der französischen Revolution hatten aus dem mit Holland vereinigten Belgien die batavische Republik errichtet. Später wurde unser Land kurzerhand von Frankreich annektiert, dessen gesamte Gesetzgebung auf uns überging; und als im Jahre 1791 in der französischen gesetzgebenden Versammlung das Gesetz „Le Chatelier“ über die Arbeiterkoalitionen zur Annahme gelangte, wurde dessen Anwendung auch auf unsere Provinzen ausgedehnt. Im ersten Paragraphen dieses Le Chatelier-Gesetzes hieß es: „In Anbetracht des Umstandes, daß die Aufhebung aller Arten von bürgerlichen Zünften eine der Grundlagen der französischen Verfassung ist, sind Arbeitervereinigungen, in welcher Form und unter welcher Begründung sie auch erfolgen mögen, verboten.“ Desgleichen war den Arbeitern jede Konvention zum Zwecke der Erreichung gemeinsamer Verbesserungen untersagt. Es war ihnen verboten, sich gegenseitig die Hilfe ihres Gewerbes und ihrer Arbeit zu gewähren, wenn diese Hilfeleistung von einer bestimmten Bedingung abhängig gemacht wurde. Es war dies eine systematische, gegen die in der Entstehung begriffenen Gewerkschaften gerichtete Verbotsmäßnahme. Das Koalitionsrecht war den Arbeitern vorenthalten; es war der Arbeiterschaft verboten, sich zur Verteidigung ihrer Berufs- und Lebensinteressen zu vereinigen, und, was noch schlimmer war, es blieb ihr verboten, Vereinbarungen zum Beispiel zum Zwecke der Fest-

setzung eines Minimallohnes zu treffen. Dieses braconische und arbeiterfeindliche Gesetz wurde später in den Code Napoleon, das unter Napoleon I. in Kraft getretene Gesetzbuch, das auf 1810 zurückgeht, wieder aufgenommen, und als im Jahre 1814, nach der Schlacht bei Waterloo, Belgien wieder mit Holland vereinigt wurde, verblieb es in unserer Gesetzgebung. — Im Jahre 1830 erlangte Belgien seine Unabhängigkeit wieder zurück. Als sich der belgische Staat endgültig gebildet hatte, nahm er das Strafgesetzbuch von 1810 in seine Gesetzgebung wieder auf, mithin auch das Gesetz „Le Chatelier“, das, wie oben angeführt, jede Arbeitervereinigung unterdrückte. Dieses Gesetz hemmte bis 1866 die Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Trotzdem wurden inzwischen mehrere Organisationen gegründet. Sie bestanden im allgemeinen in der Form von Arbeiterhilfsklassen, Arbeiterkrankenkassen und umfaßten die Arbeiter gleicher Berufsgruppen.

Gegen 1840 entstanden in Belgien die ersten sogenannten „Sociétés de Résistance“ (Widerstandsvereinigungen), welche zur Umgehung des Gesetzes, das die Arbeitervereinigungen untersagte, den Namen „Vereine zur Aufrechterhaltung der Preise“ annahm. Diese Vereine weisen zwei hervortretende Eigenheiten auf: 1. eine Tendenz, sich das Arbeitsmonopol zu sichern und die Zahl der in das Handwerk aufzunehmenden Arbeiter einzuschränken; 2. eine besondere Tendenz zur Unabhängigkeit der Organisation. Diese Vereinigungen bestanden trotz des gesetzlichen Verbots und ihnen verdanken die neuzeitlichen Gewerkschaften ihre Entstehung. Ein heimlicher, aber hartnäckiger Kampf wurde von den Arbeiterorganisationen geführt, um dem Zwange des Gesetzes zu entgehen. Die Industrie entwickelte sich. Das Proletariat wurde allmählich klassenbewußter und das belgische Parlament mußte sich im Jahre 1866 zur Aufhebung des Koalitionsverbotsgesetzes bequemen. Man glaubte einen Augenblick, die Aufhebung dieses Gesetzes würde der Entfaltung des freien Gewerkschaftswesens freie Bahn schaffen. Dem war aber durchaus nicht so. Das Gesetz „Le Chatelier“ wurde durch einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, den berichtigten § 310 ersetzt, der in der Form eines Sondergesetzes erlassen wurde. Dieser Paragraph lautete folgendermaßen: „Mit einem Monat bis zu zwei Jahren Gefängnis und mit einer Geldstrafe von 50 bis 1000 Franken oder mit einer dieser beiden Strafen wird derjenige bestraft, der zwecks gewaltsamer Erhöhung oder Senkung der Löhne oder zwecks Verhinderung der freien Ausübung eines Gewerbes oder irgend einer anderen Arbeit Gewalttätigkeiten begeht, Beleidigungen oder Drohungen ausstößt, Geldstrafen, Verbote oder irgendwelche Verfolgungen gegen Arbeitswillige oder Arbeitgeber anordnet.“

Anstatt die Fesseln, die das Arbeiterkoalitionsgesetz der freien Entwicklung der Gewerkschaft auferlegte, wegzuräumen, verschlimmerte dieser § 310 die Lage. Wenn auch bis dahin die Berufsvereinigungen gesetzlich verboten waren, so hatte der Zwang im Laufe der Jahre doch erheblich nachgelassen, so daß gewisse Berufsvereinigungen trotz des gesetzlichen Verbots gegründet worden waren, die sich vorzüglich entwickelten. Der § 310 sollte nun mit doppelter Strenge zu deren Unterdrückung eine Handhabe bieten. Man wollte nicht mehr die Organisationen als solche fassen; das Schlimmste, was diesen letzteren zustoßen konnte, war doch schließlich nur ihre Auflösung. Nein, künftighin wollte man die Kämpfenden und Werber der Arbeiterjache direkt und persönlich verfolgen. Sie waren es, die man mit Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu zwei Jahren treffen wollte. Wir könnten eine lange Liste von Namen solcher Kämpfer aufstellen, die auf Grund dieses Strafgesetzbuchparagraphen ins Gefängnis geworfen wurden.

Im Jahre 1886 machte die belgische Industrie eine schwere Krise durch. Tausende von Arbeitern waren zur Arbeitslosigkeit gezwungen, sich selbst überlassen, ohne mächtige Organisationen, ohne irgendwelche staatliche Unterstützung, sahen sie sich der schlimmsten Not dem Hunger preisgegeben. Öffentliche Versammlungen und Kundgebungen fanden statt, um gegen die Gleichgültigkeit der Regierung und der Behörden zu protestieren. Streiks brachen aus. Der bis zum äußersten gesteigerte Zorn der Arbeiter entartete bald in blutige Aufstände. Im ganzen Lande gerieten Gendarmerie und Militär mit den Demonstranten und

Streikenden im Kampf und da eine Gewalttat eine andere nach sich zieht, brachen Feuersbrünste aus. Im Lichtschein dieser Brände wurde die belgische Bourgeoisie endlich auf die soziale Frage aufmerksam. Sie begriff endlich, daß sie zur Linderung der Not der Arbeiterchaft etwas tun mußte. Letztere war ihrerseits zu der Erkenntnis gelangt, daß der § 310 ein für die Bildung und Entwicklung ihrer Organisationen beinahe unüberwindliches Hindernis darstellte und verlangte als eine ihrer Hauptforderungen die Aufhebung dieses Paragraphen. Sie wurde dabei von der soeben gegründeten belgischen Sozialistischen Partei unterstützt. Trotz alledem wurde das Gesetz aufrechterhalten. Es wurde sogar bis nach dem Krieg 1914 bis 1918 beibehalten, als das Gebäude der Bourgeoisie ins Wanken geriet. Erst jetzt erreichte die Sozialistische Partei Belgiens die Abschaffung des berüchtigten § 310. Als Bedingung für ihre Mitarbeit in der Regierung hatte die Sozialistische Partei dessen Aufhebung gefordert.

Im Jahre 1898 war ein Gesetz über die Regelung der Gewerkschaften erlassen. Aus dem Vorausgehenden ist ersichtlich, daß die Aufstände von 1886 der Bourgeoisie die ganze Bedeutung der sozialen Frage zum Bewußtsein gebracht hatten. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte sich das Parlament mit derselben befassen. Ein Bericht über diese Frage, der im Jahre 1889 von einem der Ausschüsse der Abgeordnetenkammer zur Beratung vorgelegt wurde, behandelt die Notlage der Arbeiter in jener Zeit. Das bis zu jener Zeit herrschende individualistische Wirtschaftssystem war nicht mehr zu halten, wurde von der Großindustrie erdrückt, der weitverbreiteten Heimindustrie der Todesstoß versetzt. Sicherlich, sagt ferner dieser Bericht, bedeutet die Berufsorganisation noch nicht die Lösung aller Schwierigkeiten, aber sie ist wenigstens ein Anfang. Sie wird den Hungernden zwar kein Brot verschaffen, aber sie wird allen das Bewußtsein der Disziplin und der Pflicht geben; sie wird die Zersplitterung des Proletariats verhindern und diesem letzteren Widerstandskraft und Stärke zur Eigenhilfe verleihen, die ihm bis heute gefehlt hat.

Zum Schluß folgert der Berichterstatter: „Der Arbeiter darf nicht hoffen, seine Lage zu verbessern, indem er eine abstrakte Politik treibt und indem er schon vorhandene Einrichtungen kurzerhand zerstört. Er wird seine Lage nur dadurch verbessern, daß er Organisationen zur Verteidigung seiner Berufsinteressen schafft, sich in jeder Hinsicht organisiert, Arbeiterunterstützungskassen, Arbeiterkonsumvereinen usw. beitrifft, Berufs- und Wirtschaftsschulen besucht. Allenfalls genügen die Freiheit und das allgemeine Recht nicht für diese Einrichtungen. Zur Erreichung ihres Zieles ist es nötig, daß sie als juristische Person anerkannt werden. Der Kammer der Abgeordneten und der Regierung steht es zu, ihnen diese Anerkennung zu gewähren.“

Wenn wir etwas länger bei diesem Bericht verweilen, so geschah es, um den großen Umschwung zu zeigen, der sich in der Meinung unserer belgischen Parlamentarier vollzogen hatte. Zwanzig Jahre vorher stemmten sie sich noch wütend gegen jede Arbeiterorganisation. Im Jahre 1889 ließen sie dieselben zu und nicht nur, daß sie dieselben zuließen, sie wollten auch ihre Existenz gesetzlich regeln, indem sie ihnen die gesetzliche Anerkennung als juristische Person gewähren wollten. Was wurde nun aus dem Gesetz, mit welchem man unsere Gewerkschaften beglücken wollte? Die darauf bezüglichen Beratungen, die im Jahre 1889 begonnen hatten, dauerten nicht weniger als neun Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit gelangte man — man konnte darauf gefaßt sein — zu einem Gesetz, das sich im Grunde genommen als eine Aufhebung der Gewerkschaftsfreiheit durch den Staat entpuppte. Der leitende Grundgedanke dieses Gesetzes, durch den man sozusagen das Gesetz rechtfertigen wollte, war in seinem ersten Paragraphen niedergelegt, welcher folgendes bestimmte: „Die Arbeiterorganisationen genießen die gesetzliche Anerkennung in den Grenzen und unter den Bedingungen, die sich aus dem vorliegenden Gesetz ergeben.“

Eine Arbeiterorganisation, obwohl gesetzlich erlaubt, ist notgedrungen zu einem unsicheren Dasein verurteilt, wenn ihr die behördliche Anerkennung fehlt. Die Zubilligung der gesetzlichen Anerkennung als juristische Person für die Arbeiterorganisationen gab in der belgischen Abgeordnetenkammer zu keinerlei Diskussion Anlaß. Es stand indessen fest, daß diese gesetzliche Anerkennung nur unter strengen Bedingungen gewährt werden sollte. So bestimmte dieses

Gesetz eine ganze Reihe von Klauseln, die in die Satzungen der Arbeiterorganisationen aufgenommen werden mußten, insbesondere für: den von der Arbeiterorganisation angenommenen Namen und den Sitz des Vereins; den Zweck, zu welchem der Verein gegründet werden sollte; die Bedingungen für den Beitritt und Austritt der Mitglieder der verschiedenen Berufsarten; die Organisation der Leitung des Vereins und die Verwaltung seines Vermögens; die Amtsdauer der mit der Leitung Beauftragten, die Amtsdauer sollte vier Jahre nicht überschreiten; die Art der Anlage der Vereinsgelder und den Abrechnungsmodus usw.

Außerdem mußte ein Exemplar der Satzungen sowie ein Verzeichnis der Verwaltungsbeamten beim Arbeitsgericht niedergelegt werden. Es mußte neben dem Namen, den Vornamen, die Angabe des Geburtsdatums, des Berufes, des Wohnsitzes aufweisen, ferner die Eigenschaft des Mitglieds, ob aktiv oder Ehrenmitglied! Die Arbeiterorganisationen durften keine anderen Vollmachten besitzen als solche, die unbedingt erforderlich waren zur Einrichtung von Versammlungslokalen, Büroräumlichkeiten, Berufsschulen, Büchereien usw. Jedes Jahr vor dem 1. März hatten sie bei den zuständigen Behörden eine im einzelnen ausgeführte Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Führen wir schließlich noch eine letzte Bestimmung dieses Gesetzes an: Die Staatsanwaltschaft konnte die Auflösung der gesetzlich anerkannten Berufsorganisationen verlangen.

Die Erfüllung so vieler Bedingungen konnte in den Augen der Gewerkschaften keinen Ausgleich bieten gegenüber den geringen Vorteilen, die ihnen die gesetzliche Anerkennung als juristische Person gewährte. Die Sozialistische Partei veranlaßte die Gewerkschaften, auf die Anerkennung zu verzichten, was auch geschah. Sie fuhrten also fort, weiterzuarbeiten und sich zu entwickeln, ungeachtet, wie sie dies schon unter dem Koalitionsverbotsgesetz und trotz des § 310 getan hatten.

Erst das Jahr 1920 brachte uns endlich ein Gesetz, das den Gewerkschaften volle Freiheit gewährte und, wie schon erwähnt, den § 310 aufhob. Die Gewerkschaften entwickelten sich nun ungehindert und frei von allen Fesseln, jedoch ohne die gesetzliche Anerkennung als juristische Person, die sie nun als überflüssig erachteten.

Trotz der entgegenstehenden Gesetze hatten einige Gewerkschaften vor dem Weltkrieg genügend Macht erlangt, um bei den Unternehmern individuell gewisse Kollektivabkommen durchzusetzen und sie zu zwingen, diese einzuhalten. Nach dem Kriege änderte sich die Lage von Grund aus. Die belgische Arbeiterklasse erwachte aus einem viereinhalbjährigen Schlaf. Die Arbeit sollte wieder aufgenommen, alles Kriegselend vergehen werden. Die strahlende Morgenröte des Friedens war endlich gekommen und gleich einer glücklichen Verheißung ertönte überall das Losungswort der Gewerkschaftsbewegung: Achtstundentag! — Minimallohne!

Es gab einen gewaltigen Andrang zu den gewerkschaftlichen Organisationen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich in solchem Maße, daß früher niemand es auch nur gewagt hätte, eine solche Zahl vorauszujaßen. Andererseits war eine große Anzahl von Werken durch den Krieg vernichtet worden; alles mußte neu aufgebaut werden. Die Industrie verlangte nach Arbeitskräften und, wie dies bei günstiger Geschäftskonjunktur stets der Fall ist, Unternehmer und Regierung zeigten Entgegenkommen.

Paritätische Industrieausschüsse, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterchaft wurden gebildet und hielten ihre Beratungen unter dem Vorsitz eines höheren Beamten des Arbeitsministeriums. Sie waren beauftragt, alle die im Lande so ziemlich überall auftretenden Konflikte zu schlichten. Von jener Zeit an wurden Kollektivabkommen in ganz Belgien abgeschlossen. Sie umfaßten hauptsächlich die Festsetzung der Zahl der Arbeitsstunden und die Festsetzung der Löhne. Infolge Fehlens einer gesetzlichen Anerkennung der Arbeiterorganisationen als juristische Person hatten jedoch diese Abmachungen, obwohl sie unter dem Vorsitz eines Vertreters der Regierung abgeschlossen worden waren, keinerlei rechtliche Grundlage. Es waren weder Geldstrafen noch moralische Verweise gegen denjenigen der beiden Vertragsschließenden vorgesehen, der die eingegangenen Abmachungen nicht einhielt. Die einzige Gewähr für die Einhaltung der Verpflichtungen

bestand in dem gegenseitigen Versprechen, daß sich die vertragschließenden Parteien gaben, diejenigen ihrer Mitglieder nicht zu unterstützen, welche gegen die vereinbarten Bestimmungen verstoßen würden.

Ein neuer Gesetzesentwurf, der gegenwärtig dem belgischen Parlament zur Beratung vorliegt, will hier Abhilfe schaffen. In einem nächsten Aufsatz werden wir hierzu näheres ausführen.

Die Bedeutung einer Ausgleichsquittung

Dr. W. Zeibig (Döbeln)

Immer mehr häufen sich die Fälle, wo dem Arbeitnehmer beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber oder dessen Beauftragten eine Quittung zur Unterschrift vorgelegt wird, in welcher der Empfang des Restlohnes und der Arbeitspapiere (Arbeitsbuch, Invaliden- und Steuerkarte) bestätigt werden soll. Eine solche Quittung wird von den Arbeitnehmern größtenteils unterschrieben, ohne sich von dem Wortlaut derselben zu überzeugen, im guten Glauben, es handle sich wirklich nur um eine Empfangsbestätigung. Nicht selten stellt sich später heraus — vor allem, wenn der Arbeitnehmer nachträglich tarifliche Ansprüche geltend macht — daß die sogenannte Empfangsbestätigung eine Klausel auf Verzicht auf alle weiteren Ansprüche enthält. Nicht selten werden auch derartige Willenserklärungen durch den Arbeitgeber oder dessen Beauftragte dadurch erzwungen, daß dem Arbeitnehmer bei Nichtabgabe einer solchen Willenserklärung die Herausgabe des Restlohnes und der Arbeitspapiere verweigert wird.

Eine derartige Willenserklärung verstößt gegen Treu und Glauben und kann auf Grund der §§ 119 und 123 BGB angefochten werden. Diese Ansicht vertreten auch das Landesarbeitsgericht Nürnberg (Urteil vom 2. März 1928, abgedruckt in „Arbeitsrechtspraxis“ 1928, 5. Heft, Seite 110), Landesarbeitsgericht Hannover (Urteil vom 24. Juli 1928, abgedruckt Benschheimer Sammlung Bd. 4, Heft 2, Seite 57). Auch das Landesarbeitsgericht Plauen läßt in seinem Urteil vom 8. Juni 1928 (abgedruckt Benschheimer Sammlung Bd. 4, Heft 1, S. 53) die gleiche Tendenz nicht vermissen.

Anders liegen jedoch die Verhältnisse, wenn der Arbeitnehmer vor Abgabe seiner Unterschrift unter eine solche Quittung vom Arbeitgeber oder dessen Beauftragten ausdrücklich auf die Verzichtserklärung aufmerksam gemacht wird. In einem solchen Falle kann von einem Verstoß gegen Treu und Glauben oder der widerrechtlichen Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder durch Drohung keine Rede mehr sein und muß hier einer Anfechtung der Erfolg veragt bleiben.

Die Anfechtung einer Verzichtserklärung beim Arbeitsgericht oder in der Berufungsinstanz ist durchaus nicht so leicht, wie sich die Arbeiter in der Regel vorstellen. Die Gewerkschaftsvertreter als Bevollmächtigte müssen mit den gerissenen Arbeitgebern oder deren Syndizi sehr oft einen harten Kampf ausfechten, ehe sie ihren Mandatgebern zu dem erhofften Erfolg verhelfen können. Solchen mitunter recht zweifelhaften Streitigkeiten wäre sehr leicht aus dem Wege zu gehen, wenn jeder Arbeitnehmer bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die ihm vorgelegte Quittung genau durchliest und bei Vorfinden einer Verzichtsklausel die Unterschrift ablehnt. Zur Verweigerung der Auszahlung des Restlohnes und der Herausgabe der Arbeitspapiere ist in diesem Falle der Arbeitgeber nicht berechtigt. Macht der Arbeitgeber die Auszahlung des Restlohnes und die Herausgabe der Arbeitspapiere von der Unterschrift einer Quittung mit Verzichtsklausel abhängig, so macht er sich schadenersatzpflichtig, falls der Arbeitnehmer anderswo in Beschäftigung treten kann, die Aufnahme der Beschäftigung aber von der Vorbringung der Arbeitspapiere abhängig gemacht wird. Es ist hierbei aber notwendig, daß der Arbeitnehmer den Arbeitgeber bei der Verweigerung der Herausgabe der Arbeitspapiere auf einen solchen eventuell schon bestehenden oder eintretenden Zustand aufmerksam macht und ihn in Verzug setzt. Die Herausgabe des Restlohnes kann durch Zustellung eines gerichtlichen Zahlungsbefehls oder Klage beim Arbeitsgericht unter An-

rechnung von Verzugszinsen erzwungen werden. Die Zustellung eines gerichtlichen Zahlungsbefehls ist nicht rasch, da der Arbeitgeber in der Regel Einspruch gegen einen solchen erhebt und dadurch die Entscheidung des Arbeitsgerichts um die Zeit der Einspruchsfrist verlängert wird. Es ist jedoch unbestritten, daß ein erheblicher Prozentatz von Arbeitnehmern sich um die ihnen angehenden Rechte so gut wie gar nicht kümmert, um so mehr aber werden die Gewerkschaften und deren Vertreter dafür verantwortlich gemacht, daß es bisher nicht möglich war, den Unternehmern irgendwelche Benachteiligungen der Arbeitnehmer zu unterlagen. Daß jedoch das beste Gesetz, der einwandfreieste Tarifvertrag untauglich ist, wenn sich der einzelne Arbeitnehmer nicht für deren Durchführung einsetzt, müßte eigentlich allen Arbeitnehmern zur Genüge bekannt sein. Abhilfe auf dem Gebiete der Unwissenheit und Ungläubigkeit kann nur geschaffen werden, wenn sich der einzelne Arbeitnehmer nicht immer auf andere verläßt, die es machen sollen, sondern sich bewußt wird, daß der beste Schutz vor Benachteiligungen und sonstigem Unrecht darin liegt, sein Wissen zu bereichern. Auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen, muß Aufgabe jedes organisierten Arbeiters sein.

Weltbild in Zahlen

F. Petrich (Gera)

IV.

Auch hier kann nur das Wesentliche festgehalten werden. Woytinsky betont, leider mit Recht, daß die Industriestatistik noch viel weniger entwickelt ist als die Agrarstatistik. Es gibt zwar zahlreiche Spezialuntersuchungen (Kohle, Erdöl, Erz usw.), aber es fehlt die Gesamtdarstellung, die Woytinsky dem Völkerverbunde als eine wichtige Aufgabe zuweist. Trotzdem ist dieser vierte Band so reich an Material und an Perspektiven, daß gerade er das stärkste Interesse verdient. Die Industrie ist das eigentliche Arbeits- und Kampffeld des Proletariats, die Industrie ist auch in Europa der am weitesten entwickelte Wirtschaftszweig; von 90,5 bis 93 Millionen Erwerbstätiger entfallen auf das industrielle Proletariat 37,8 bis 38,1 Millionen — und was nicht minder bedeutungsvoll ist: „In der Industrie konzentrieren sich nicht nur quantitativ die bedeutendsten Mengen von Lohnarbeit, sondern auch der sozialpolitisch aktivste Teil der Arbeiterklasse, der die Tendenz hat, das ganze Proletariat mit sich fortzureißen, zu leiten und in gewissem Sinne zu repräsentieren.“ Außerdem ist die Industrie vorwiegend tätig und sie hat nahezu unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. In ihrer Gestaltung, in ihrem Wesen, in ihren vorwärtsdrängenden Richtungstendenzen spiegelt sich das moderne Proletariat selbst.

Die Landwirtschaft ist gewiß von der größten Bedeutung für die Wirtschaft schlechthin. Aber in der Industrie verkörpert sich der Reichtum der Völker und der Fortschritt. Alle Errungenschaften der Landwirtschaft beruhen zudem auf der schnellen Entwicklung der Industrie: Technik, Chemie usw. Die Industrie dehnt sich aus und nimmt fortgesetzt konzentriertere Formen an. Ein Blick auf die industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten bestätigt das im vollen Umfange: Von 1914 bis 1919 ist die Zahl der Betriebe nur um ein Viertel gestiegen. Die Anzahl der Lohnarbeiter hat sich nahezu verdoppelt, das industrielle Kapital hat sich mehr als verdreifacht. Das ist die charakteristische kapitalistische Entwicklung, die sich nicht nur auf die Vereinigten Staaten beschränkt, sondern die sich mehr und mehr, wenn auch nicht in dem amerikanischen Tempo, in allen modernen Industrieländern durchsetzt. Die Zahl der Industriearbeiter wächst unausgesetzt weiter und ebenso die Masse der produzierten Güter. Ein allerdings großes Beispiel mag dies illustrieren: von 1820 bis 1920, also in hundert Jahren, stieg die Produktion an Wolle um das 4,5fache, die an Baumwolle um das 16fache, die von Eisen um das 60fache und die von Steinkohle um das 77fache! Der Pulsschlag des

modernen Industriekapitalismus kommt in diesen vier Ziffern klar zum Ausdruck. Wenn auch nicht in gleichem, so doch in ähnlichem Tempo hat sich in diesem Jahrhundert das industrielle Proletariat entwickelt.

Hinsichtlich der Betriebsgrößenentwicklung läßt sich heute für die Industrie infolge Mangelhaftigkeit der Statistik auch nicht entfernt ein übersichtliches Bild gewinnen. Für Deutschland können wir auch jetzt noch lediglich die Zählungen von 1895 und 1907 vergleichen: der Vergleich läßt eindeutig das schnelle Fortschreiten vom Klein- zum Großbetrieb erkennen. Während der letzten 20 Jahre wird sich diese Tendenz noch weitaus stärker durchgesetzt haben. In dem modernsten Industrielande der Welt, den Vereinigten Staaten, beherrscht der Großbetrieb vollständig das Feld. Die Zählungen von 1909 und 1919 in einem Schaubilde gegenübergestellt, wobei die Großbetriebe oben an stehen, ergeben für 1919 eine auf den Kopf gestellte Pyramide: in den Betrieben mit 1 bis 5 Personen sind knapp 300 000 Personen beschäftigt, in den Betrieben mit über 1000 Personen dagegen 2,4 Millionen; dazwischen liegen die Klein- und Mittelbetriebe.

Die Industrie — das ist der Triumph der Maschine, der technischen Kraft. Tabelle reiht sich an Tabelle über das gigantische Wachstum der Maschine, des Motors in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Die Dampfmaschine, der Elektromotor, die Wasserkraft, sie alle dienen der menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Für 1926 berechnet Woytinsky den Energieverbrauch der Welt auf 260 Millionen Pferdestärken! Kohle und Erdöl haben bis heute noch eine überragende Bedeutung, aber nach sachverständigen Angaben gehört die Zukunft der Wasserkraft. Nach den Berechnungen der Londoner Energiekonferenz im Jahre 1924 können künftig pro Jahr hergeben: Kohle 400 Millionen Kilowatt (1 Kilowatt = 1,33 Pferdestärke), Wasser 1100 Millionen Kilowatt und Erdöl 120 Millionen Kilowatt. Unsere Zukunft liegt zwar nicht auf dem, aber in dem Wasser!

Welche märchenhafte Entwicklung hat die industrielle Produktion genommen! Von den Rohstoffen wurden bereits einige Zahlen genannt, sie könnten vielseitig ergänzt werden. Von der Fertiginindustrie gilt selbstverständlich dasselbe. Eine Welt des Reichtums erschließt sich uns. Der Krieg wirft auf die industrielle Produktion allerdings ebenso seine breiten Schatten wie auf die Landwirtschaft und das Auf und Nieder der Nachkriegskrise läßt sich aus den neuesten Zahlenreihen mühelos ablesen. Ihre ganze Bedeutung läßt sich erst ermessen, wenn im folgenden Bande das Tatsachenmaterial über den Handel, die Märkte, die Absatzbedingungen usw. und die Schwankungen der Konjunkturen zum Vergleich herangezogen wird. Zusammen mit den Erwerbslorenziffern werden deshalb die Veröffentlichungen von Woytinsky auch beitragen zum Verständnis des aktuellsten Problems der Gegenwart: zur Krise des Kapitalismus.

V.

Der fünfte, besonders materialreiche Band von Woytinskys Standardwerk ist dem Handel und Verkehr gewidmet. Das Material, das darüber vorliegt, ist außerordentlich vielseitig und aufschlußreich. Die Statistik hat diesen Fragen immer schon bevorzugte Aufmerksamkeit gewidmet, offenbar deshalb, weil sie direkter in die Lebensverhältnisse der Menschen eingreifen. Woytinsky beschränkt sich deshalb auch hier wieder darauf, das Wesentliche, die Grundlinien festzuhalten. Wenn man schon den Begriff der kapitalistischen Verkehrswirtschaft anwenden, wenn man ihr Werden und Wachsen verstehen will, so nehme man diesen Band zur Hand: Ausgehend von einer gedrängten Skizzierung der überragenden weltgeschichtlichen Bedeutung des Handels, gelangt Woytinsky sehr schnell zu konkreteren Betrachtungen: der Rolle des Handels im gegenwärtigen Wirtschaftsprozess, seinem rapiden Wachstum von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Ein Vergleich nach Ländern zeigt, daß Rußland den weitaus höchsten Prozentsatz seiner Arbeiter und Angestellten im Handel und Verkehr beschäftigt: 32 vH; die Vereinigten Staaten

folgen mit 27,3 vH, England mit 22,8 vH, Griechenland mit 20 vH, die Schweiz mit 18,2 vH, Norwegen mit 16,9 vH, Dänemark mit 16,2 vH, Deutschland steht mit 13 vH auf der Linie des Durchschnitts. Der spezifisch ökonomische Charakter jedes Landes, räumliche Ausdehnung und der Umfang des Handels im wirtschaftlichen Gesamtprozess werden mit solchen Zahlen charakteristisch angedeutet. Ebenso interessant ist es, den wertmäßigen Anteil der Verkehrsmittel an dem Reichtum der Nationen zu vergleichen.

Die Entwicklung des Verkehrswesens selbst, das Woytinsky in Straßen, Flüsse und Kanäle, Eisenbahnen und Seewege gruppiert, eröffnet erst die weitesten Perspektiven. Hier erleben wir, gesteigert durch klare typische Schaubilder, was Menschengestalt in kurzer Zeitpanne vollbrachte: 1860 = 108 000 Kilometer, 1870 = 210 000 Kilometer, 1880 = 372 000 Kilometer, 1890 = 617 000 Kilometer, 1900 = 790 000 Kilometer, 1910 = 1 030 000 Kilometer und 1923 = 1 216 000 Kilometer Eisenbahnnetz auf dem Erdball. Davon entfällt allein die Hälfte auf Amerika, das durch die Jahrzehnte seinen Stand behauptete. Die Vereinigten Staaten übertreffen mit 409 200 Kilometer Europa, das über 379 991 Kilometer verfügt, noch um ein Beträchtliches. Das macht, Amerika verfügt über ein Doppeltes: die Größe des Raumes und die Fülle des Reichtums. Der grandiose Aufschwung des Verkehrs wird aus zahlreichen Tabellen, speziellen und partiellen Übersichten erkennbar. Zur Eisenbahn ist der Kraftwagen gekommen, deren Gesamtzahl Anfang 1926 mit rund 26 Millionen beziffert wurde, wovon wiederum nahezu 21 Millionen auf Amerika entfallen.

Ein weltwirtschaftliches Problem ersten Ranges ist der Aufstieg und die Verteilung der Welthandelsflotte, Woytinskys Zahlenreihen und Schaubilder zeigen das mit sinnfälliger Deutlichkeit: 1914 beträgt die Welttonnage 49,4 Millionen Tonnen, 1926 64,7 Millionen Tonnen. Der Löwenanteil der Steigerung entfällt auf die Vereinigten Staaten, die 1914 über 5,4 Millionen Tonnen und 1925 über 15,3 Millionen Tonnen verfügten! Die kleinen Gewinner sind Japan, Italien, Frankreich, Holland.

Gigantische Formen bekam der Verkehr durch das Flugwesen. Man betrachte Woytinskys graphische Darstellung auf Seite 104,05, die Verkehrsleistungen der Luftfahrt im Jahre 1924: Rund 15 Millionen Kilometer wurden zurückgelegt. Zum Verkehrswesen gehört als wichtiger Faktor das Nachrichtenwesen, dessen Vielseitigkeit (Post, Fernsprecher, Telegraph, Kabel) uns in Erstaunen versetzt.

Die eigentliche Darstellung des Handels beginnt mit einer Übersicht über die Handels- und Genossenschaftsbetriebe. Woytinsky reiht nicht dürre Zahlenreihen aneinander, sondern er geht den Problemen nach. An deren Spitze steht in diesem Falle die volkswirtschaftliche Unrentabilität des Handels. Indessen differiert der Anteil des Handels am Gesamtpreis einer Ware sehr stark, da die Bedingungen sehr verschieden sind. Zur Charakteristik der Gesamtlage im Handel wird folgendes gesagt: Die Entwicklung der Warenhäuser und der Massenfilialbetriebe sowie die wachsende Bedeutung des Großhandels sind Kennzeichen der steigenden Betätigung des Großkapitals im Handel. Daneben gewährt die Bequemlichkeit für den Verbraucher, die Gegenstände des täglichen Bedarfs im „Nachbarladen“ einkaufen zu können, dem Kleinhandel die Möglichkeit, seine alte Stellung weiter zu behaupten. Dadurch erklärt sich zu einem erheblichen Teil der unrationelle Charakter des modernen Detailhandels, der seinerseits als eine der Ursachen wirkt, die die Entwicklung der Konsumgenossenschaften fördern.

Großes Interesse darf gewiß die gedrängte Übersicht über den Umfang der Genossenschaftsbewegung beanspruchen. Trotz der stürmischen Ereignisse während der letzten fünfzehn Jahre hat sich das Genossenschaftswesen als eine starke, gesunde Kraft erwiesen, die unaufhaltsam aufwärts strebt. Von 1914 bis 1925 hat sich die Mitgliederzahl der deutschen Konsumvereine nahezu verdoppelt — ein Ergebnis, das auch dann noch erfreulich bleibt, wenn die Umfänge nicht in demselben Maße gestiegen sind.

Die kritische Art Woytinskys zeigt sich wieder sehr wohlthuend bei der Behandlung

des Welthandels, wobei er als Berufsstatistiker grundsätzlich die Frage nach dem Wert und der Zuverlässigkeit der Statistik stellt. Es ist immer wieder notwendig, solche Einschränkungen gegenüber dem oft auftretenden Aberglauben an die Allmacht der Zahl zu machen, davon abgesehen ist es immer noch grandios, die Entwicklung des Welthandels durch den Maßstab der Zahl zum Ausdruck zu bringen. Zuverlässige Angaben liegen erst aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor und diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Unaußersprechlich schwillt die Masse der Welthandelswaren von Jahrzehnt zu Jahrzehnt: 1867 betragen die Umsätze des Welthandels 44,2 Milliarden, 1880 63,8 Milliarden, 1900 90,3 Milliarden. In dem Vierteljahrhundert von 1900 bis 1925 ist wiederum ein rapider Aufschwung zu verzeichnen: 1910 beträgt die Zahl 146,8 Milliarden, bei Kriegsausbruch 1913 169,2; für die Jahre 1914 bis 1919 fehlen vollständige Daten, 1920 ist der durch den Krieg hervorgerufene Rückgang in vollem Umfange erkennbar — nach dem Markwert von 1913 wird ein Welthandelsumsatz von 122 Milliarden erreicht, aber 1925 ist mit 166,3 Milliarden der Umsatz von 1913 nahezu erreicht. Quantitativ hat also der Kapitalismus die Krise des Weltkrieges überwunden. Im übrigen zeigen auch die Verschiebungen im Welthandel aufs neue die ökonomische Niederlage Europas; Amerika ist der Gewinner und Asien, Afrika und Australien rücken auf.

Nach einer Darstellung des Geld- und Bankwesens, der Preisbewegung und des Versicherungsgewerbes leitet die Betrachtung über zu den Aktiengesellschaften und schließt ab mit einer Untersuchung über Konjunktur- und Krisenprobleme. Das eine wie das andere ist gleich wichtig und interessant. Insbesondere Krisen- und Konjunkturfragen waren nie zuvor so aktuell als jetzt, da einerseits die Wirtschaftsfragen mit bedrückender Schnelligkeit wechseln und andererseits in allem Ernst davon geredet wird, auf der Grundlage des Kapitalismus eine konjunkturlose Wirtschaft herbeizuführen. Da ist es denn sehr wertvoll, aus der Übersicht von Woytinski zu erfahren, mit welchen Mitteln und Methoden heute sowohl die Konjunkturbeeinflussung versucht und die Konjunkturforschung betrieben wird. Solche Betrachtungen stimmen dann immer ungemein nüchtern und realistisch, schärfen den Blick für das Tatsächliche und Wesentliche.

*

Zu dem Aufsatz „Der Lyoner Kongreß für Berufskrankheiten“ in Nr. 2 unserer Zeitschrift wird uns mitgeteilt, daß die Veranstaltung einen rein wissenschaftlichen Charakter trägt, an welcher nur Aerzte teilnehmen, die auf dem Gebiete der Gewerbekrankheiten wissenschaftlich oder praktisch gearbeitet haben. Die Entsendung von Delegierten des französischen Gewerkschaftsbundes nach Lyon, wie in dem Aufsatz erwähnt ist, gilt einer Sitzung, die neben dem Kongreß von französischen Mitgliedern einberufen worden ist.

Bücherbesprechung

Mehrer's Lexikon in zwölf Bänden. 7. völlig neu bearbeitete Auflage, über 160 000 Artikel, rund 5000 Abbildungen, Karten, Pläne im Text, dazu etwa 755 besondere Bildertafeln, darunter etwa 100 farbige und 280 Kartenbeilagen, Stadtpläne usw. Band VIII (Marut bis Oncidium), in Halbleder gebunden 30 Mk. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Auch der VIII. Band bringt wieder eine ungeheure Fülle des Wissenswerten, von dem wir nur wieder einiges über die zahlreichen Textbeilagen und Tafeln erwähnen, beginnend mit der Herstellung des Mauersteins, über Meeresfauna und -flora, Menschenrassen, Museumsbauten, Städtepläne, Obstbau bis zum Ohr des Menschen. Für die Metallarbeiter besonders wichtig sind die Tafeln und Textbeilagen über Maschinengewehre und Maschinenpistolen, Meßinstrumente, Metallbearbeitung, Kultur der Metallzeit, Mikroskope, Musikinstrumente, mechan. Musikwerke, Motorboote, Motorschiffe, Nähmaschinen, techn. Öfen usw.

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adtestr. 16